

# Holzarbeiter-Zeitung

## Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.  
Abonnementspreis M. 1.50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch  
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: E. Fr. Deinhardt, Stuttgart.  
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Ed. Steinbrenner, Stuttgart.  
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Adler-Strasse 43.

Inserate für die viergespalt. Petitzeile oder deren Raum 60 Pfg.  
Vergütungsanzeigen und Stellenvermittlungen 30 Pfg.  
Versammlungsanzeigen 15 Pfg. Beilagen nach Abereinunft.

### Der Kost- und Logiszwang in der Holzindustrie.

Der Eölnner Gewerkschaftskongress hat die Beseitigung und schließliche Beseitigung des Kost- und Logiszwanges als eine im Interesse der gesamten Arbeiterschaft liegende Aufgabe bezeichnet. Diesen Standpunkt hat der Holzarbeiterverband von jeher eingenommen, und können wir mit Genugtuung behaupten, in diesem Kampfe schon annehmbare Erfolge erzielt zu haben.

Wir sind allerdings noch weit davon entfernt, behaupten zu können, daß in den Berufen, deren Arbeiter im Holzarbeiterverband ihre Vertretung finden, der Kost- und Logiszwang beseitigt wäre; wenn man aber die Verhältnisse von heute mit denen vor etwa zehn Jahren vergleicht, dann wird man einen ganz gewaltigen Fortschritt konstatieren müssen. Bei der Zurückdrängung des Kost- und Logiszwanges in der Holzindustrie sind uns allerdings manche Faktoren behilflich gewesen, auf welche wir als Gewerkschaft nur einen geringen Einfluß haben, wenn wir überhaupt von einem solchen sprechen können.

Die Zahl der Betriebe in der Holzindustrie, die mit Maschinen arbeiten, ist in ständiger Zunahme begriffen; das hat zur Folge, daß Zwergbetriebe zu Mittel- und Großbetrieben anwachsen, denn je größer die Zahl der Arbeiter, um so intensiver läßt sich die Maschine ausnutzen. In dem gleichen Maße, in welchem sein Betrieb wächst, vermindert sich auch das Interesse des Unternehmers an der Beherbergung und Verköstigung seiner Arbeiter. Ein oder zwei Gesellen unterzubringen und zu beköstigen, macht keine besonderen Umstände; steigt aber die Zahl auf acht, zehn oder noch mehr, dann müssen besondere Einrichtungen getroffen werden, und mancher Meister findet, wenn er einen Überschuß über die durch die besondern Einrichtungen erwachsenden Kosten macht, daß der Vorteil, der für ihn herauspringt, in keinem rechten Verhältnis zu den Unannehmlichkeiten steht, die er sich aufladet. Der Entschluß, auf das Kost- und Logisgeben zu verzichten, wird ihm um so leichter, wenn er seine Konkurrenzfähigkeit mit in Erwägung zieht. Für den kleinen Meister ist der Kost- und Logiszwang ein Mittel zur Erhaltung der Konkurrenzfähigkeit; er zahlt seinen Arbeitern geringe Löhne und zieht noch einen besondern Nutzen aus den gewährten Naturalien. Das ermöglicht ihm, billiger zu liefern als sein Konkurrent, in dessen Betrieb das patriarchalische System nicht eingeführt oder schon abgeschafft ist. Er muß sich aber auf die Produktion geringwertiger Massenartikel beschränken, denn er findet keine Arbeiter, die imstande sind, bessere Arbeiten zu machen. Wer in seinem Beruf etwas leisten kann, wird so schnell wie möglich sehen, den beengenden Verhältnissen im Hause des Meisters zu entfliehen, um nach Schluß der täglichen Arbeitszeit sein eigener Herr zu sein. Wer einen eigenen Hausstand gründen will, muß wohl oder übel eine Stelle suchen, in welcher ihm der verdiente Lohn in bar ausbezahlt wird. Diese besseren Arbeitskräfte finden ihren Platz in dem größeren Betrieb und verleihen dem Unternehmer, der sie beschäftigt, eine Überlegenheit gegenüber dem Krauter, der seinen Gesellen Kost und Logis gibt und einen geringen Lohn zahlt, aber sich dafür auch mit den minder leistungsfähigen Arbeitern behelfen muß. Diese Überlegenheit wird allerdings auch noch durch andere Momente bestimmt, auf welche wir jedoch in diesem Zusammenhang nicht weiter eingehen wollen.

Neben dem Wachstum der Betriebe ist es auch noch das Wachstum der Städte, welches die Beseitigung des Kost- und Logiszwanges fördert. In den großen Städten erreichen die Wohnungsmieten eine so schwindelhafte Höhe, daß der Meister in der Verwendung der ihm zur Verfügung stehenden Räume die größte Ökonomie wahren lassen muß. Der Arbeiter der Großstadt hat auch höhere Kulturbedürfnisse, er wird sich nicht so leicht wie sein Kollege auf dem Lande einen Winkel in der Werkstatt oder einen Verschlag auf dem Dachboden als Wohn- und Schlafraum anweisen lassen. Dazu kommt der hohe Preis der Lebensmittel in der Großstadt. Das sind alles Momente, die es bewirken, daß der Kost- und Logiszwang in den großen Städten viel schneller und leichter verschwindet als in den kleinen Städten und auf dem flachen Lande.

Kommt so die, wenn man so sagen darf, natürliche Entwicklung dem Bestreben der Gewerkschaft auf Beseitigung des Kost- und Logiszwanges entgegen, so darf diese doch nicht ruhig die Hände in den Schoß legen und den Gang der Entwicklung abwarten; sie hat vielmehr die Pflicht, die Berufsgenossen, welche unter dem Glend des Kost- und Logiszwanges zu leiden haben, immer wieder darauf hinzuweisen, daß sie sich in einer unwürdigen Lage befinden, und

deren Bestrebungen, sich aus derselben zu befreien, nachdrücklich zu unterstützen.

Der Deutsche Holzarbeiterverband hat, wie eingangs erwähnt, sich von jeher dieser Aufgabe unterzogen. Einen zahlenmäßigen Nachweis dafür zu erbringen, in welchem Maße er sich in dem Kampfe gegen das patriarchalische System beteiligt hat, ist allerdings schwer. Das hängt mit verschiedenen Ursachen zusammen. Einerseits ist die sorgfältige Statistik über Lohnkämpfe, wie sie gegenwärtig in unserem Verband geführt wird, nicht von jeher so gewesen. Zwar kann der Holzarbeiterverband für sich den Ruhm in Anspruch nehmen, mit die erste Gewerkschaftsorganisation gewesen zu sein, welche den Wert der Statistik erkannt hat, und daß seine Leistungen auf diesem Gebiet für andere Organisationen vorbildlich waren; aber auch unsere Statistiken haben sich aus sehr bescheidenen Anfängen zu der Höhe entwickelt, welche sie gegenwärtig einnehmen. Und dabei sind wir auch heute noch nicht dazu gelangt, sagen zu können, daß zum Beispiel unsere Streikstatistik absolut vollständig wäre in dem Sinne, daß sie alle vorkommenden Streiks und Lohnbewegungen umfaßt. Das kommt daher, daß noch öfters über Differenzen nicht berichtet wird, weil die Kollegen in den betreffenden Zahlstellen dieselben für zu unbedeutend halten. Das ist ein Fehler, der mitunter sehr unangenehm empfunden wird.

Unter den Differenzen, über welche häufig nicht an den Vorstand berichtet wird, dürften sich hauptsächlich solche wegen Beseitigung des Kost- und Logiszwanges finden. Das hat seine natürliche Ursache. Um diese Forderung allein ist wohl selten ein Lohnkampf in der Holzindustrie geführt worden; sie wird meist als Nebenforderung erhoben, wenn eine Verkürzung der Arbeitszeit und Lohnerhöhung durchgeführt werden soll. Meist ist es auch nur ein kleiner Teil der an der Bewegung beteiligten Kollegen, für welche diese Forderung erhoben wird, und so ist es erklärlich, daß sie in der Berichterstattung nebensächlich behandelt oder gar ganz übergangen wird. So ist es heute; und in den früheren Jahren, als unsere Streikstatistik noch in den Kinderschuhen steckte, war es noch schlimmer. Wenn wir das uns zur Verfügung stehende Material nach den Erfolgen im Kampfe gegen den Kost- und Logiszwang durchsuchen, dann wird die Ausbeute ziemlich gering sein; aus dem eben Gesagten ist es aber verständlich, daß unsere Erfolge auf diesem Gebiet mit dem urkundlich niedergelegten nicht erschöpft sind.

Auf dem ersten Verbandstag des Deutschen Holzarbeiterverbandes in Esfurt 1895 war die Zahl der Streiks, über welche berichtet wurde, so gering, daß sie einzeln aufgeführt werden konnten. Die Forderung auf Beseitigung des Kost- und Logiszwanges ist bei keinem erwähnt. Dem Göttinger Verbandstag im Jahre 1898 wurde über die Lohnkämpfe in den Jahren 1895 bis 1897 berichtet. Vom Jahre 1896 heißt es dort, daß die Beseitigung von Kost und Logis beim Meister in 11 Fällen erreicht wurde. Diese Zahl bezieht sich jedoch nur auf die Streiks, außerdem wurde die Forderung auf Beseitigung des Kost- und Logiszwanges auch noch in einigen Orten gestellt, in welchen es nicht zum Streik kam. Aus den Aufzeichnungen des Vorstandes, die in diesem Jahre zum erstenmal systematisch gemacht wurden, geht hervor, daß diese Forderung insgesamt in 18 Orten durchgeführt wurde. Über die Zahl der Kollegen, für welche der Kost- und Logiszwang in diesem Jahre beseitigt wurde, lassen sich keine genauen Angaben machen, denn erklärlicherweise kam für einen mehr oder weniger großen Teil der an den Lohnbewegungen Beteiligten diese Forderung nicht in Betracht. Das gleiche gilt für das Jahr 1897, wo die Beseitigung des Kost- und Logiszwanges neben anderen Forderungen in sechs Orten aufgestellt und durchgeführt wurde. Für das Jahr 1898 konnte berichtet werden, daß Kost und Logis abgeschafft wurde in 7 Fällen für 180 Arbeiter, außerdem war diese Abschaffung das Ergebnis von Streiks in 14 Fällen für 489 Arbeiter. Im Jahre 1899 war die Beseitigung des Kost- und Logiszwanges das Ergebnis von drei Lohnbewegungen. Über die Zahl der an diesen beteiligten Arbeiter ist in dem veröffentlichten Bericht nichts gesagt. In den folgenden Jahren bis 1903 (der Bericht für das Jahr 1904 liegt noch nicht vor) wurde der Kost- und Logiszwang in 17 Orten beseitigt, und zwar in 9 Orten durch Streiks und in 8 Orten durch Lohnbewegungen ohne Streik.

Un- und für sich sind diese Zahlen nicht besonders groß; man muß sich aber vergegenwärtigen, daß aus den bereits erwähnten Gründen unsere Streikstatistik gerade in diesem Punkte sehr wenig vollständig ist. Das ergibt sich ohne weiteres, wenn man die Resultate der vom Holzarbeiterverband aufgenommenen Statistiken für die Jahre 1898, 1897 und 1902 in bezug auf das Kost- und Logiswesen mit-

einander vergleicht. Im Jahre 1898 waren noch 16,5 Prozent der ledigen Holzarbeiter beim Meister in Kost und Logis, im Jahre 1897 nur noch 7,3 Prozent und 1902 noch 7,2 Prozent. Der geringe Unterschied zwischen 1897 und 1902 darf natürlich nicht so ausgelegt werden, als ob in diesem Zeitraum in der auf die Beseitigung des Kost- und Logiszwanges gerichteten Bewegung ein Stillstand eingetreten wäre. Der scheinbare Stillstand findet seine Erklärung darin, daß die Beteiligung an der statistischen Aufnahme vom Jahre 1902 eine erheblich stärkere war als in den früheren Jahren. Im Jahre 1902 gingen aus 864 Orten 71054 Personenfragebogen ein gegenüber 38563 Fragebogen aus 547 Orten im Jahre 1897, während sich an den Erhebungen im Jahre 1898 nur 19789 Personen in 848 Orten beteiligten hatten. Bei der letzten Erhebung wurden also die kleineren Orte, in welchen der Kost- und Logiszwang in höherem Maße herrscht, weit stärker herangezogen, als es in früheren Jahren der Fall war. Dadurch wird bei oberflächlicher Betrachtung der Zahlen der Anschein erweckt, als ob in einigen Berufen das Kost- und Logiswesen seit dem Jahre 1897 einen größeren Umfang angenommen hätte, während es tatsächlich ununterbrochen zurückgedrängt wird.

Von den an der statistischen Erhebung beteiligten Arbeitern waren beim Meister in Kost und Logis:

	1898	1897	1902
Tischler . . .	19,7 Prozent	7,0 Prozent	7,2 Prozent
Drechsler . . .	19,0 "	4,4 "	6,0 "
Bürstenmacher	20,0 "	8,3 "	10,0 "
Korbmacher . . .	— "	3,0 "	10,7 "
Stellmacher . . .	50,2 "	25,4 "	17,9 "
Dienste . . .	23,7 "	3,1 "	2,1 "
Hilfsarbeiter . . .	3,3 "	2,0 "	0,9 "
Zusammen . . .	16,5 Prozent	7,3 Prozent	7,2 Prozent

Auffällig ist in dieser Zusammenstellung der ständige Rückgang des Kost- und Logiszwanges in dem Beruf, in welchem derselbe am stärksten verbreitet ist, bei den Stellmachern. Dieser Rückgang ist aber auch in den anderen Berufen zu konstatieren, wenn es auch aus den erwähnten Gründen in den vorstehenden Zahlen nicht in dem Maße zum Ausdruck kommt wie bei den Stellmachern. Immerhin haben wir, wenn wir uns die vollständige Beseitigung des Kost- und Logiszwanges zur Aufgabe machen, noch ein tüchtiges Stück Arbeit zu leisten, und wir verkennen die diesem Ziele entgegenstehenden Schwierigkeiten keineswegs. Aber wenn wir auf dem beschrittenen Wege weitergehen und das uns gesetzte Ziel fest im Auge behalten, dann wird es uns auch gelingen, alle Schwierigkeiten zu überwinden.

### Die Presse über den Gewerkschaftskongress.

Der Eölnner Gewerkschaftskongress hat mehr als die früheren Gewerkschaftstagen in der Presse Beachtung gefunden. Auch die bürgerliche Presse hat über die Verhandlungen des Kongresses sehr eingehend berichtet und dieselben lebhaft kommentiert. Das hat seine guten Gründe. Einmal erwartete man von diesem Kongress, daß er eine Auseinandersetzung der Gewerkschaften mit der Partei bringen werde. Und da unsere Gegner die Arbeiterbewegung nun einmal nach dem Grundsatz „Teile und herrsche“ behandeln, hofften sie, der Kongress werde in diesem Sinne ihre Interessen fördern. Dann aber hat die Gewerkschaftsbewegung in Deutschland denn doch eine Bedeutung erlangt, daß sie selbst von unseren Gegnern ernsthaft beachtet werden muß. Aus der Verschiedenartigkeit des Interesses, welches das Bürgertum der Gewerkschaftsbewegung entgegenbringt, erklärt sich auch die widersprechende Beurteilung des Gewerkschaftskongresses durch die bürgerliche Presse.

Die „Arbeitgeber-Zeitung“ schlachtet selbstverständlich den Kongress zugunsten der Scharfmacherstippe aus. Sie „konstatiert“ völlige Identität zwischen sozialdemokratischer Partei und Gewerkschaften und haut dann auf die verhassten bürgerlichen Sozialreformer los:

„Zu denken sollte denen, die innerhalb und außerhalb der leitenden Kreise trotz allem noch immer zu einer opportunistischen Behandlung der Arbeiterbewegung neigen, die gewaltige Zunahme der sozialdemokratischen Gewerkschaften an Mitgliedern und Geldmitteln. Auf dem Kongress waren 1 1/4 Million organisierter Arbeiter und Arbeiterinnen vertreten, fast die vierfache Zahl der im Jahre 1892 auf dem Halberstädter Kongress und fast die doppelte der auf dem Stuttgarter Kongress Vertretenen. Die Mittel, die die Gewerkschaften im Jahre 1903 aufbrachten, betragen mehr als 16 Millionen Mark. Vergleichen wir mit dieser Zunahme diejenigen der nichtsozialdemokratischen Organisationen, so läßt sich mit Sicherheit der Zeitpunkt voraussagen, an dem die sozialdemokratischen Gewerkschaften die letzteren nicht

nur vollkommen an die Wand gedrückt, sondern überhaupt die ungeheure Mehrzahl sämtlicher Arbeiter zu sich herübergezogen haben werden. Hieraus ist unbedingt zu schließen, daß die Anziehungskraft der sozialdemokratischen Organisationen eine weitaus größere sein muß als die der nicht-sozialistischen, was zweifellos zu dem Rückschlusse berechtigt, daß gerade die sozialdemokratische Richtung der erleren deren demagogischen Einfluß gewährleistet. Wer also in Ansehung dessen der Werbearbeit der zentralisierten Gewerkschaften mit Hilfe des Staats und der Gesellschaft entgegenkommt, wie es der Kathedersozialismus und die Sozialliberalen vom Schlage der Barth, Naumann und Genossen tun, der besorgt folgerichtig nur die Geschäfte der Umstürzpartei, die in kluger Benutzung des Satzes, daß der Erfolg stets bei den stärksten Bataillonen ist, ihren ehemaligen Groll gegen die Gewerkschaftsbewegung zu den Alten gelegt und diese in Vorspann genommen hat."

Ganz in diesem Tone ist ein weiterer Artikel der „Arbeiter-Zeitung“ geschrieben, der auf die Verhandlungen des Kongresses näher eingeht. Ähnlich urteilt die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“, das Organ der Schlotbarone; auch sie kann in der Gewerkschaftsbewegung nichts anderes als Revolution und Umsturz erblicken. Sie schreibt:

„... Sonst war es eben nur ein redliches Bemühen, die starken Gegensätze, die zwischen den Gewerkschaften und der politischen Partei herrschen, möglichst zu vertuschen. Man will unbedingt den Schein der Einigkeit erwecken. Je mehr nun diese Einigkeit wirklich erreicht wird, je mehr man in den Reihen der Gewerkschaften gehoramt den Parteikämpfern zu folgen sich bestrebt, um so mehr verlieren sie die Berechtigung, sich als neutrale Vertreter der Arbeiterschaft zu bezeichnen. Immer mehr tritt der rein wirtschaftliche Gedanke zurück, einen größeren Raum gewinnt der politische. Schließlich tanzen die Vertreter der beiden Richtungen in geschlossenem Reigen um den Propheten ihres Zukunftsstaates.“

Großes Interesse für die Kongressverhandlungen bekundete die „Kölnische Zeitung“. In ihrer Morgenausgabe vom 22. Mai brachte sie einen informativsten Artikel über den Kongress, der sich durch Sachkenntnis auszeichnete und sich von den bei diesem Unternehmernorgan sonst üblichen Gehässigkeiten gegen unsere Bewegung ganz fernhielt. Auch die Stimmungsbilder, welche die Kölnische über die Verhandlungen des Kongresses brachte, wurden im allgemeinen den Gewerkschaften gerecht, höchstens daß das Bestreben etwas stark hervortrat, die Gewerkschaften gegen die sozialdemokratische Partei auszuspielen. Ihr Resümee über den Kongress bringt sie in einem Artikel „Zeichen der Zeit“, aus dem folgende Stelle wiedergegeben sein mag:

„Diese erfreuliche Entwicklung, die sich in der Einordnung gewerkschaftlicher Gedankengänge in die wirtschaftlichen Notwendigkeiten seit einer Reihe von Jahren langsam vollzieht, macht die gewerkschaftlichen Organisationen gewiß nicht zu Aposteln des Friedens. Nur ganz allmählich, im einzelnen kaum bemerkbar, vollzieht sich die Entwöhnung vom Gedanken des Klassenkampfes, und nur die Stappen der Gewerkschaftskongresse zeigen deutlich die Linie der Entwicklung. Ohne Zweifel werden auch trotz alledem die Lohnkämpfe in Zukunft nur noch umfassender, andauernder und hartnäckiger werden als bisher; und man wird auch damit rechnen müssen, daß es zur Erneuerung der Tarifverträge, soweit solche bereits zustande gekommen sind, in vielen Fällen erst erbitterter neuer Kämpfe bedürfen wird. Aber durchweg zeigt sich bei den Organisationen der Arbeiter ein Streben nach korporativen Verträgen, die die in Lohnkämpfen erzielten oder ohne solche von den Arbeitgebern zugestandenen Vorteile auf längere Zeit sichern sollen. Die erzieherische Wirkung der Tarifverträge hat sich auch in den Verhandlungen dieses Kongresses bei mehreren Anlässen bemerkbar gemacht.“

Die „Kölnische Zeitung“ verteidigt sich in ihrem Artikel über den Kongress zu einer Denunziation seiner Veranstalter. Sie sagt:

„Der Würzener war unter der Voraussetzung dem Kongress überlassen worden, daß er nur über rein gewerkschaftliche Angelegenheiten verhandelt. Indem der Kongress aus dem ihm gezogenen Rahmen weit hinaustrat, hat er gräßlich das ihm von der Stadt Köln gewährte Gastrecht verletzt.“

Nun wird's aber Tag! Will die „Kölnische Volkszeitung“ wohl ernstlich glauben machen, daß in Deutschland ein Gewerkschaftskongress, gleichviel welcher Art, möglich ist, der nur gewerkschaftliche Fragen behandelt? Gänzlich unpolitisch sind die Gewerkschaften in Deutschland nun einmal nicht und können sie nicht sein. Den Leuten, die über die Überlassung des Würzener zu entscheiden hatten, hat die Tagesordnung des Stuttgarter Kongresses vorgelegen, deren Punkt 8 „der Zolltarif“ lautete, und die Tagesordnung des diesjährigen Kongresses ist so früh bekannt geworden, daß die städtische Verwaltung reichlich Zeit hatte, ihre Bedenken zu äußern, falls ihr dieser oder jener Punkt zu „politisch“ erschien. Tatsächlich ist aber die einzige Frage, die einen parteipolitischen Anstrich haben konnte, eine Gewerkschaftsfrage von ganz erheblicher Bedeutung. Wir meinen die Frage der Maifeier. Von einer gerechten Würdigung der Kongressverhandlungen ist bei der „Kölnischen Volkszeitung“ keine Rede. Ihre Berichterstatter scheinen den Verhandlungen überhaupt nur heigewohnt zu haben, um Material für den berühmten M.-Glabbacher Zitatenack zu sammeln. Ihr nach ist denn das Ergebnis des Kongresses nach der rein gewerkschaftlichen Seite geradezu läglig gewesen. Sie vernichtete bei den Verhandlungen anscheinend den Phrasenschwall literaler Veranstaltungen, deshalb ihr abschprechendes Urteil. Wie ein roter Faden zieht sich durch ihre Artikel das Bemühen, eine möglichst enge Verbindung von Sozialdemokratie und Gewerkschaft nachzuweisen. Es heißt da unter anderem:

„Das hervorsteckendste Moment dieses Kongresses ist überhaupt die engste Verbrüderung der „freien“ Gewerkschaften mit der Sozialdemokratie. Nicht spontan ist diese Verbrüderung erfolgt, vielmehr hauptsächlich von den

der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion angehörenden Gewerkschaftsführern Segen, Bismelburg und Genossen herbeigeführt worden. Der Kongress hat keinen ernstlichen Versuch gemacht, sich der Kennzeichnung als Anhängel der sozialdemokratischen Partei zu entziehen.“

Je heißer dieses Bemühen des führenden rheinischen Zentrumsblasses, um so drohlicher wirkt es, daß eine durch zahlreiche Zentrumsblasser gehende Berliner Korrespondenz just das Gegenteil von dem herausfindet, was die „Kölnische Volkszeitung“ „festgestellt“ hat. In der Dortmunder „Trennung“ beispielsweise lesen wir, die Sozialdemokratie sei mit dem Kongress unzufrieden, — weil er sich in einen Wegensatz zur Partei gestellt habe. Es heißt dann weiter:

„Der Kölnier Kongress der Gewerkschaften hat jetzt die Trennung zwischen Partei und Gewerkschaft wieder scharf beleuchtet. Die offizielle Maifeier der Partei ist mit recht despektierlichen Äußerungen belegt worden. Vor allem hat des Parteivorstands geleiteter „politischer Generalstreik“ in Köln eine schändliche Abweisung erfahren. Die kluge Idee, die in den Köpfen nun einmal spürende Idee des Generalstreiks politisch zu wenden und zu verwerten, so daß über Anwendung, Form und Zeitpunkt die politische Leitung, also der Parteivorstand, entscheidet, — diese Idee hat in Köln eine kühle und entschiedene Ablehnung erfahren. Dabei hatten die Reichstagsabgeordneten Robert Schmidt und Th. Bismelburg durchaus die Logik auf ihrer Seite. Diese Vorgänge und dieser Ausgang werden im Hauptlager der sozialdemokratischen Partei tief schmerzen.“

Wer hat da wohl recht, die „Kölnische Volkszeitung“ oder die anderen Zentrumsblasser?

Eine sehr eingehende Aussprache über den Gewerkschaftskongress hat in der Parteipresse stattgefunden. Das ist ein sehr erfreuliches Zeichen, nicht so erfreulich war für uns die Art und Weise, in der diese Aussprache vor sich ging. Tonangebend war hier durchaus — und das ist ja bezeichnend genug — die „Leipziger Volkszeitung“. Der Gewerkschaftskongress war aber auch so gar nicht nach dem Geschmack der Leipzigerin, der ja sowieso alle Gewerkschaften und ihre Kongresse schwer im Magen liegen. Nun hat dieser Gewerkschaftskongress gar noch durch seine Behandlung der Maifeier unliebsames Aufsehen erregt, und, was das Schlimmste ist, sich an ihrer Lieblingsidee des „politischen Massenstreiks“ sträflich vergangen, Grund genug für sie, ihn nach allen Regeln der Leipziger Kunst herunterzureißen. Da kommt es auch auf eine starke Dosis Ironie nicht an. Beispielsweise kann sie ganz schön von oben herab erklären:

„Inhaltlich waren die Reden, die gegen die bisherige Form der Maifeier und gegen den politischen Massenstreik gehalten wurden, von zu geringem Gewicht, als daß wir irgend einen Grund hätten, sie lebhaft zu befehlen. Speziell die Resolution, die gegen den politischen Massenstreik gerichtet wurde, war federleicht, und die Schale, in der sie ruhte, sank dadurch nicht tiefer, daß sie noch mit einigem Masonieren über die Literaten beschwert wurde, die nur schreiben, aber nicht praktisch arbeiten könnten. Die Resolution kämpft gegen die reine Einbildung, als ob von irgendwem verlangt würde, daß die Gewerkschaften nichts auf der Welt zu tun hätten, als hypnotisiert auf die Idee des politischen Massenstreiks zu starren. Müßt man den blauen Dunst weg — und etwas anderes ist diese Einbildung nicht —, so bleibt nur ein Haufen von selbstverständlichen Redensarten übrig, gegen oder für den sich nichts weiter sagen läßt.“

Nichtsdestoweniger wird in der „Leipziger Volkszeitung“ jeden Tag mindestens einmal eine recht lebhaft Fehde gegen die dummen Redner vom Gewerkschaftskongress geführt. Lebhaft, sehr lebhaft geht es da zu. Da werden Bismelburg „abgeschmackt-hühnische Nebenbemerkungen“, „Jalope Nebenbemerkungen“ nachgelesen. In aller Freundschaft, aber recht deutlich wird Bismelburg da zu Gemüte geführt, daß er doch eigentlich ein recht dummer Dorfteufel ist — und so fort mit Grazie.

In derselben Tonart wütet eine andere gute Freundin der Gewerkschaftsbewegung, rl. (Rosa Luxemburg) in der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ gegen den Gewerkschaftskongress. Man höre nur:

„Alle Gegner des Generalstreiks redeten immerzu von praktischen „Erfahrungen“, die „Erfahrung“ war der Grundton der Debatte, das Schild, das sie der „Theorie“, den „Literaten“, dem Ausland entgegenhielten. Und das alles von der Höhe der „Erfahrungen“ eines Landes, das eben noch nie in der Lage war, mit dem politischen Generalstreik eine Erfahrung zu machen!“

Tatsächlich war eben dieser Grundton, der aus der ganzen Generalstreikdebatte hervorklang, nicht die „Erfahrung“, sondern — die Borniertheit, und sicher hat noch kein Kongress der Gewerkschaften in Deutschland stattgefunden, auf dem die Borniertheit so stark hervorgetreten ist, wie in Köln. Eine selbstgefällige, strahlende, selbstsichere Borniertheit, die an sich selbst keine große Freude erlebt, sich an sich selbst herauscht, die sich über alle Erfahrungen der internationalen Arbeiterbewegung erhaben dünkt, welche sie gar nicht verstanden hat, die über ein historisches Produkt glaubt Richterprüche fällen zu können, das sich um Kongressbeschlüsse den Teufel kümmert. Diese selbe Borniertheit war schon nahe daran, die Idee der Maifeier kurzerhand über Bord zu werfen. Und diese selbe Borniertheit versichert uns dann zum Schluß: „Nur nicht bange werden! Die Reaktion kann uns nichts tun! Sie soll uns ruhig alles nehmen, das Wahlrecht, das Koalitionsrecht, alle Rechte — wir bleiben auch dann noch stark!“ Wenn das nicht heißt, die Arbeiterschaft in unverantwortlichster Weise in gefährlichsten Großmachtsabusen einfließen, dann wissen wir nicht, was sonst Demagogie und was Frevführung der Arbeiter heißt.“

Dabei hat dieser Kongress nichts weiter getan, als was diese selbe „Sächsischen Arbeiterzeitung“ als selbstverständlich von ihm voraussetzte, daß er tun würde. Die „Sächsische Arbeiterzeitung“ schrieb nämlich in einem Begrüßungsartikel

am 18. Mai speziell über die Behandlung des Punktes „Die Stellung der Gewerkschaften zum Generalstreik“:

„Die Frage des Generalstreiks ist in den letzten Jahren besonders durch die Propaganda des Genossen Friedberg in die Debatte geworfen worden. Er geht von dem Gedanken aus, die gegenwärtige Ordnung der Dinge mit dem Generalstreik aus den Angeln heben zu können und hat natürlich bei den Phantasten vom Schlage der Anarchisten begeisterte Zustimmung gefunden, die nunmehr auf alles andere zugunsten der Verhimmelung des Generalstreiks verzichten und verzückt nur noch auf ihn starren.“

Wenn ein sozialdemokratischer Abgeordneter das harte Wort sprach: „Generalstreik ist Generalunsinn“, so möchten wir dieses harte Wort insoweit mildern, als wir sagen: Wenigstens der gewerkschaftliche Generalstreik ist Unsinn. Wenn er möglich und durchführbar ist, dann ist er nicht mehr nötig, während man den Generalstreik als letztes politisches Kampfmittel zur Abwehr ungeheuerlicher Attentate auf die Volksrechte immerhin in Betracht ziehen kann. Es wäre angebracht, daß der Gewerkschaftskongress den Generalstreikswärmern — und die Unabhängigen suchen neuerdings in den Gewerkschaften ihre konfusem Ideen des Generalstreiks als Allheilmittel zu propagieren — ein für allemal eine gründliche Absage erteilt. Das könnte nur zur Klärung beitragen und verhüten, daß Kraft und Intelligenz einzelner Gewerkschaftler nützlicheren praktischen Gewerkschaftsarbeiten entzogen würden.“

So die „Sächsische Arbeiterzeitung“ vor dem Kongress. Nun dieser die Frage des Generalstreiks ganz in ihrem Sinne erledigt hat, von seiner „Borniertheit“, „einer selbstgefälligen, strahlenden, selbstsicheren Borniertheit“ zu reden, ist von der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ doch wohl etwas unklug gehandelt, fntemalen etwas von dem Glanze des Gewerkschaftskongresses auf sie selbst entfällt.

Wie gesagt, ist das Urteil der „Leipziger Volkszeitung“ für eine Reihe von Gewerkschaftsblassern tonangebend gewesen. Überflüssig zu sagen, daß zunächst natürlich die berühmten drei Preßstimmen, die ja zu gegenfeitigem Nutz und Frommen immer laut erschallen, wenn die Partei oder das Prinzip in Gefahr sind, sich ganz in ihrem Sinne vernehmen lassen. Nur die Königsberger Preßstimme ließ sich diesmal leider nicht vernehmen; ob man da nicht mehr mittut, oder ob dort das Urteil über den Gewerkschaftskongress noch nicht ganz fertig ist? Aber sonst hat die Geschichte wieder einmal großartig geklappt. Man höre nur:

„Arbeiter-Zeitung“ (Dortmund):  
 „Die Verachtung der Kopfarbeit der Theoretiker würde, wenn sie je in der Gewerkschaftsbewegung herrschend werden sollte, zu den schwersten Schädigungen führen. Gerade gegen die in den Gewerkschaften ihrer ganzen Natur und Aufgabe nach selbstverständlich überwiegende rein praktische Arbeit muß, wenn sie nicht zu einer verhängnisvollen Verengung des gewerkschaftlichen Horizonts führen soll, ein Gegengewicht geboten werden in einer um so sorgsameren Pflege der Theorie, in einem um so eifrigeren Studium großer, geschichtlicher Zusammenhänge. Und hier handelt es sich ja durchaus nicht etwa um abstrakte, „reine“ Theorie — die Frage des politischen Massenstreiks ist im eminenten Sinne eine Frage der Praxis, und gerade die praktischen Erfahrungen haben der Theorie, wie sonst kaum jemals, vorgearbeitet. Während offiziell noch in seiner törichtesten Allgemeinheit das bekannte Diktum galt: „Generalstreik ist Generalunsinn“, ging die Praxis über diese Theorie zur Tagesordnung über. Das Proletariat eines Landes nach dem andern sah sich plötzlich vor Verhältnisse gestellt, die ihm die Anwendung dieser neuen Waffe zur unabwendbaren Pflicht machten. Und während man in Belgien, Holland, Italien, Schweden und besonders in Rußland das Schwert des politischen Massenstreiks längst schon schwingt, soll man in Deutschland, dem Lande, das sich so oft gerühmt hat, an der Spitze der Arbeiterbewegung zu marschieren, diesen Gedanken nicht einmal propagieren dürfen? Weiß Genosse Bismelburg denn, wie bald gewisse Notwendigkeiten auch an das deutsche Proletariat heranreten werden?“

„Freie Presse“ (Erfeld):  
 „Selbstverständlich denkt Legion mit denjenigen, die auf seinem Standpunkte stehen, nicht daran, den Kampf für das sozialistische Endziel aufzugeben, aber es ist doch die Frage am Platze, ob bei einer gewissen gewerkschaftlichen Praxis nicht ungewollt die Propaganda für die Erlangung der politischen Macht mehr und mehr in das Hinterreffen gerät. Hierher gehören auch die Äußerungen von dem Vorsitzenden der Buchdrucker, Böhm, und dem Zentralarbeitssekretär Robert Schmidt, welche davor warnten, immer wieder das Gespenst des Wahlrechtsraubs oder der Vernichtung des Koalitionsrechts an die Wand zu malen. Wir dächten, wir hätten gerade bei diesen beiden wichtigsten Volksrechten wirklich keine Veranlassung, die Arbeiter in Schlaf und Sicherheit einzuwiegen, im Gegenteil, es kann gar nicht genug in der Mahnung zur Wachsamkeit gesehen. Wenn dem Zentralarbeitssekretär Robert Schmidt nichts bekannt ist von der Gießereischen Wahlrechtungskolonnen und den vorjährigen Herrenhausverhandlungen, in denen nicht nur die Herrenhäuser v. Mantuffel, v. Mirbach, v. Wedell-Besdorf, v. Lucius und andere die Abmurkung des Reichstagswahlrechts forderten, sondern der Ministerpräsident und Reichskanzler Graf Billore sie auch, wenn auch etwas verlausliert zusagte, so werden diese bedeutsamen Ereignisse doch wohl dem Reichstagsabgeordneten Robert Schmidt noch in lebhafter Erinnerung stehen! — Da sind die Agrarier doch zähere Kämpfer für ihre Forderungen, die lassen im Schreiben bekanntlich nicht nach und ebenso bekannt ist, was sie damit schon alles erreicht haben.“

Die Stellung der Gewerkschaften zu dem Generalstreik und die Maifeier, das waren die zwei Punkte, auf deren Erledigung man mit Spannung blickte. Hat der Verlauf der Verhandlungen unsere Gegner enttäuscht, denn gerade hierbei hatten sie auf harte Zusammenstöße und den ersetzten Bruch mit der politischen Partei gerechnet, so hat für die Parteigenossen wenigstens der Punkt Maifeier eine überraschende Wendung genommen. Das Loslassen der Mat-

feierbremse, die Zurückziehung der Resolutionen mag den Einbringern derselben vielleicht recht diplomatisch erschienen sein, damit der Vorsitzende Genosse Bömelburg zum Schluß wieder erklären konnte: Sozialdemokratie und Gewerkschaften seien eins, aber nach dem, was vorausgegangen, wäre es schon besser gewesen, man hätte eine Entscheidung herbeigeführt. Jetzt ist bis zum nächsten internationalen Kongreß die Maifeier weder Fleisch noch Fisch; das entspricht allerdings der unwürdigen Haltung, welche ein Teil der in den Zentralverwaltungen sitzenden Gewerkschaftsleiter bisher schon dazu eingenommen hat. Ein solches Hangen und Längen zwischen Leben und Sterben ist natürlich nicht angenehm, und deshalb soll die Maifeier tot gemacht werden. Den Tod, nichts weniger bedeutet die Beschränkung der Feiern auf Abendveranstaltungen. Vom nächsten internationalen Kongreß, der in Deutschland stattfindet — auch das sollte man dabei beachten —, hofft man das Todesurteil zu erreichen."

Die Beurteilung der Generalstreikdebatte ist ganz im Sinne der „Leipziger Volkszeitung“ gehalten.

„Schwäbische Tagwacht“ (Stuttgart):

„Die Maifeier hat eine unbefriedigende Entwicklung genommen, woran unseres Erachtens aber nicht die Unmöglichkeit, die Arbeitsruhe allgemein durchzuführen, die Schuld trägt, sondern die Zaghaftigkeit, mit welcher einflussreiche Gewerkschaftsführer von jeher der Maifeier gegenübergestanden sind. Die Behauptung, die Arbeitsruhe werde nie eine allgemeine sein, schwebt völlig in der Luft, denn die heute den Gewerkschaften zu Gebote stehende Macht ist noch nie für die Erlämpfung der Arbeitsruhe eingesetzt worden. Die Unternehmer konnten seither leicht die Arbeitsruhe verweigern, denn sie wußten, daß die Zentralverwaltungen der meisten Gewerkschaften der Arbeitsruheforderung ihrer Mitglieder nicht den gebührenden Nachdruck verleihen. Ob das wieder gut zu machen ist, halten wir für zweifelhaft. Jedenfalls wird die Maifeier noch weitere lebhaftere Debatten heraufbeschwören.“

Ähnlich steht's mit der Debatte über den Generalstreik. Wenn wirklich die Gewerkschaften, wie versichert wurde, den „General-“ oder auch den „politischen Massenstreik“ nicht für alle Zeiten und alle Fälle abschwören wollten, also durfte er so wie geschah nicht behandelt werden; dann wäre ein Schweigen zu der Frage am Ende besser gewesen als die Erledigung, die sie in Gln gefunden hat. Kein vernünftiger Mensch verlangt, daß die Gewerkschaften sich auf die Generalstreikpolitik festlegen sollen; die Art der Behandlung, die dies Problem in Gln erfahren hat, ist aber dazu angetan, die Schachtmacher zu Angriffen auf die Rechte der Arbeiterklasse zu ermutigen. Hoffen wir, daß die Gewerkschaften dennoch ihre Schuldigkeit tun, wenn Gefahr im Verzug ist.“

Von der übrigen Parteipresse, soweit sie ihre Unzufriedenheit mit den Arbeiten des Gewerkschaftskongresses zum Ausdruck brachte, zitieren wir nur noch das „Offenbacher Abendblatt“:

„... mit dem Erstarken der Gewerkschaftsbewegung und ihren die „Realpolitik“ begünstigenden Einflüssen ging's mit dem theoretischen Sinne der deutschen Arbeiterwelt rasend bergab, selbst bei begabten Führern der Gewerkschaften ist eine Verlotterung der die Einzelthatfachen zusammenfassenden und großen Gesichtspunkten unterordnenden Betrachtungsweise, wir möchten es nennen: der Theorie, zu bemerken. Bis zur wohl ungewollten, darum aber gerade sachlich um so bedenklicheren verkehrtesten Ausdrucksform gebrach diese Abwendung von der Theorie des Klassenkampfes. Und im Beschluß über den Generalstreik ist ein Passus enthalten, der nicht weit entfernt ist von der direkten Forderung einer Unterdrückung sachlicher Würdigung künftiger Eventualitäten. Uns wird niemand im Verdacht haben, daß wir mit dem Feuer spielen, doch ein Blick in das politische und soziale Getriebe zeigt nur zu deutlich, daß die deutsche Arbeiterklasse nicht bewahrt bleiben wird vor dem äußersten Kampfe um politische Grundrechte — und es ist allzu bequem, eine ernste Debatte über künftige Möglichkeiten zu umgehen durch billige und wenig feine Angriffe auf „Literaten“; auch der Hinweis auf die „Bereitschaft“ allein tut es nicht. Denn eben diese Bereitschaft, auf die alles ankommt (denn es ist schon richtig, daß der politische Massenstreik so wenig bestellt werden kann, wie die soziale Revolution), sie hat zur Voraussetzung die klare Einsicht in die Bedingungen und Umstände des Kampfes. Diese klare Einsicht wird aber nicht gewonnen durch Sammlung noch so reicher individueller Erfahrungen des praktischen Kampfes, nicht einmal durch Vergleichen der Erfahrungen einer Vielzahl von Personen. Sondern dazu bedarf es kritischer Würdigung und Sichtung, Abtrennung des Zufälligen, Ermittlung des Allgemeingültigen — daraus Ableitung der Gesetzmäßigkeit des sozialen Geschehens! Ja, die Theorie ist der Ariadnefaden, der die Arbeiterklasse sicher durch die Wirren der Einzelkämpfe leitet, sie erst gibt den höheren Standpunkt der Strategie. Das sollte Arbeitern nicht erst gesagt werden müssen, denen Passale schon in den Katechismus schrieb: „Alle Praxis taugt nichts, in der nicht die Lebenslust der Theorie kreist! Verachte nur Vernunft und Wissenschaft, des Menschen allerhöchste Kraft!“

Die Gewerkschaftsführer haben wahrhaftig sehr nötig, statt der Verachtung der Theorie ihr Studium zu betreiben. Noch ist's nicht so weit, daß ein ernstlicher und unmittelbarer Schaden zu befürchten wäre, und um die praktische Einheit von Partei und Gewerkschaften, wir meinen darum, daß sie in den Tageskämpfen nicht doch wie bisher einträchtig zusammenwirken, ist's uns nicht bange. Aber mehr müssen wir fordern: die Einheit der Ideenwelt, die jetzt Not gelitten hat, muß zurückerobert werden!“

Worauf sich dieses Urteil stützt, wissen wir nicht, denn unseres Wissens sind die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter theoretisch nicht weniger gut gebildet als die übrigen Parteigenossen. Auch aus der gelegentlichen Bemerkung gegen die Literaten kann nach unserer Ansicht nicht gut eine Verachtung der Theorie durch die Gewerkschaftler gefolgert werden. Darin drückte sich wohl lediglich ein unseres Erachtens sehr berechtigter Protest aus gegen die geradezu ekelhaften Literatenfreierereien, die in den letzten Jahren dem Ansehen der deutschen Arbeiterbewegung so sehr geschadet haben.

Im übrigen werden diese Urteile der deutschen Gewerkschaften und ihrem Kongreß in Gln auch nicht im entferntesten gerecht. In mancher dieser Pressäußerungen — und alle haben wir ja noch nicht mitteilen können, da der Raum unserer Zeitung uns Schranken zog — verrät sich so viel Unverständnis gegenüber dem Gewerkschaftsproblem, daß wir versucht sind, unserem Bruderblatt, dem „Zimmerer“, recht zu geben, wenn er schreibt:

„Früher existierte eine Karikatur, die einen Strolch darstellte. Darunter war angedeutet, es sollte ein richtiger Sozialdemokrat sein. Wenn in der bürgerlichen Literatur über die Sozialdemokratie oder über Sozialdemokraten geschrieben wurde, dann fand man gewöhnlich, daß eigentlich nur diese Karikatur beschrieben war. Das hat in dem Moment aufgehört, wo die Sozialdemokratie nach außen macht-voll auftrat. Viele unserer schreibenden Parteigenossen haben nichts daraus gelernt. Sie haben sich einen Gewerkschaftler nach englischem Muster zurecht gemacht, vielleicht auch Nezhäuser's Bild in ihrer Schreibstube hängen; so oft sie nun über Gewerkschaften schreiben, beschreiben sie jene Karikatur und polemisieren gegen Nezhäuser. Wo diese literarischen Produktionen aufgegriffen und vertreten werden, wie zum Beispiel bei den Auseinandersetzungen in der deutschen Delegation zu Amsterdam, auf dem vorjährigen Parteitag und teils auch auf dem fünften Gewerkschaftskongreß, ist eine Verkünderung ausgeflohen. Sinen wie großen Mangel an Objektivität jene künstlich erzeugte Auffassung auch verrät, ihre Vertreter verfechten sie mit Fanatismus. Das hat dazu geführt, daß die Gewerkschaftler in der Partei und gegen sie ihre Ideen nicht nur vertreten, sondern versuchen, denselben Geltung zu verschaffen. Eine solche Flut kommt aber in der Regel nicht mehr zum Stillstand.“

Zum Glück helfen die Tatsachen auch diesen unseren Kritikern auf die Sprünge, wie das Gln des Jahres 1898 zur Genüge bewiesen hat.

Von den Parteiblättern, welche ihre Befriedigung mit den Arbeiten des Gewerkschaftskongresses geäußert haben, zitieren wir nur drei. Die Magdeburger „Volksstimme“ sagt:

Rühle Köpfe und nichterne Beurteiler, die die Dinge, über die sie verhandeln, genau kennen, weil ihnen ein reicher Schatz praktischer Erfahrungen zur Seite steht, so kann man die Delegierten charakterisieren, die in der abgelassenen Woche in Gln als Vertreter der deutschen Gewerkschaften zusammengekommen waren. Jede Phrasologie ist ihnen zuwider; unklare, gefühlvolle Deklamationen machen denselben Eindruck auf sie wie die lustigen Gedankengebäude weltfremder Theoretiker, die vom grünen Tisch aus aufbringliche Nachschläge über Dinge erteilen, von denen sie keine praktischen Kenntnisse haben — nämlich gar keinen. „Literaten“ nannte sie Bömelburg, und einer von denen, die sich getroffen fühlen, hatte nichts Gütigeres zu tun, als zu beweisen, wie gerechtfertigt die Beurteilung war, die ihm zuteil wurde. Er überhäufte den Referenten über den Generalstreik mit persönlichen Angriffen und tat ganz so, als ob das Bekenntnis zum Generalstreik ein Parteidogma geworden wäre, seitdem ein Duzend Parteigenossen sich für ihn ausgesprochen hat.

So liegen die Dinge nun aber doch noch nicht. Bisher hat noch kein Parteitag dieses neue Kampfmittel bestritten und die Gewerkschaften hatten das Recht, es abzulehnen, sich auf die Propaganda für den Generalstreik festzulegen. Wenn man sich daran erinnert, daß Genosse Friedberg, der Apostel des Generalstreiks, den französischen Gewerkschaften einen Ruhmeskranz windet, weil diese planmäßig die Generalstreiksdebatte propagieren, wird man die Entscheidung des Gewerkschaftskongresses für selbstverständlich halten. So wenig wir Ursache haben, bewundernd zu englischen und amerikanischen Gewerkschaftspraktikern emporzuschauen, so wenig können die deutschen Arbeiter die französischen Gewerkschaften als Vorbilder anerkennen. Sie haben ausgedehnt, daß sie allezeit bereit sind zur Verteidigung bestehender politischer Rechte und zur Erlämpfung neuer, und wenn es dazu einmal ein politischer Massenstreik bedarf, werden ihn die deutschen Gewerkschaften führen — mit oder ohne Sanction des Gewerkschaftskongresses. Aber sie haben es abgelehnt, den politischen Massenstreik in den Gewerkschaften planmäßig zu propagieren. Damit wird sich der Parteitag abzufinden haben. Da die Gewerkschaften in erster Linie bei der Durchführung des Generalstreiks in Betracht kommen, waren sie berechtigt, zuerst Stellung dazu zu nehmen, und es liegt nun an der politischen Organisation, in dieser Frage die Einheitlichkeit der Arbeiterbewegung aufrechtzuerhalten. Wir billigen übrigens die Resolution des Gewerkschaftskongresses zu dieser Frage durchaus und würden es tief bedauern haben, wenn der Beschluß anders ausgefallen wäre. Es ist indessen hier nicht der Ort, um die Bedenken gegen den Generalstreik und die Gefahren, die für die politische und die gewerkschaftliche Arbeiterbewegung aus der Befürwortung dieses Kampfmittels erwachsen können, näher darzulegen.

Wie sehr auf dem Gewerkschaftskongreß das Bestreben vorherrschte, keinerlei Differenzen mit der politischen Arbeiterbewegung zu schaffen, bewies vor allem die Art, wie die Frage der Maifeier ihre Erledigung fand. An harten, verurteilenden Worten hat es in der Diskussion nicht gefehlt, aber das Gefühl, daß es sich hier um eine Frage handelt, die nur gelöst werden kann durch die Instanz, die sie geschaffen hat, den internationalen Kongreß, überwand alle Bedenken. Bis zum nächsten Kongreß bleibt es bei der jetzigen Form der Maifeier; in Stuttgart, 1907, wird man weiter sehen.

Daß die Gewerkschaften mit der jetzigen Art der Maifeier nicht zufrieden sind, läßt sich begreifen. Welche Opfer ihnen zugemutet werden, sehen wir ja am besten hier in Magdeburg. Abgesehen von einigen kleinen Gewerkschaften haben bisher nur die Maurer und etwa noch die Bauarbeiter die Arbeitsruhe durchgeführt. In diesem Jahre kostete sie das rund 4000 Mark, die aus der Lohnkasse zu zahlen sind. Zum Anschluß an das Gewerkschaftskartell haben sich die Maurer noch nicht entschließen können. Sie begründen das mit den erheblichen Opfern, die jedes Jahr die Maifeier erfordert, und wer wollte diesem Argument jede Berechtigung absprechen? Wenn sich diese Vorurteile an anderen Orten wiederholen und wenn man sieht, daß immer nur ganz bestimmte Gewerkschaften an einzelnen Orten die Arbeit

ruhen lassen, während die große Mehrzahl sich nicht daran lehrt, dann muß notwendig eine solche Stimmung aufkommen, wie sie ihre Auslösung in den Debatten des Gliner Gewerkschaftskongresses fand.

Die Arbeitsruhe am 1. Mai birgt die Gefahr in sich, daß sie Konflikte mit den Unternehmern erzeugt, nicht wenn die Konjunktur zur Auskämpfung solcher Konflikte günstig ist, sondern wenn der Kalender die Zeit für gekommen erklärt. Daß diese Umkehrung jeglicher Grundsätze der Gewerkschaftstaktik unberechenbar Folgen haben kann, ist klar, und wer will es den ihrer Verantwortlichkeit bewußten Gewerkschaftsführern verdenken, wenn sie dieser Sachlage Rechnung tragen? Die der Maifeier zugrunde liegende Idee ist gewiß sehr schön. Das leugnet niemand, aber die Frage darf doch mit Recht gestellt werden, ob der Pariser Kongreß eine glückliche Stunde hatte, als er die Feiern in der üblichen Form — durch Arbeitsruhe — beschloß. In Deutschland gibt es zahlreiche Städte, in denen die Maifeier in einer Weise gefeiert wird, daß man sich darüber schämen muß; ganze Länder halten sich nicht an die Beschlüsse der internationalen Kongresse. Auf dem vorjährigen Kongreß in Amsterdam waren die Engländer der Zahl nach am stärksten vertreten; aber sie haben keine Massen hinter sich. War doch in Gln noch nicht einmal ein Delegierter der englischen Trade Unions anwesend! Kein Wunder, daß von einer Maifeier in England keine Rede ist. Aber die englischen Delegierten stimmen immer für die Arbeitsruhe auf den internationalen Kongressen.

Die ganze Maifeierfrage bedarf einer gründlichen Erörterung vor dem nächsten internationalen Kongreß. Es ist erfreulich und zeigt das weiteste Entgegenkommen gegenüber der politischen Arbeiterbewegung, daß der Gewerkschaftskongreß darauf verzichtete, irgendwelche Beschlüsse zu fassen. Dafür hat er auch Anspruch darauf, daß man seine Argumente gegen die heutige Form der Maifeier beachtet und wenn nicht Gründe der Courtoisie, so müssen Klugheitsgründe dazu führen, weil kein Beschluß einer politischen Organisation eine Maifeier zustande bringt, wenn die Gewerkschaften beiseite stehen.“

Ferner die Chemnitzer „Volksstimme“: „Die Idee, die Arbeiterklasse auf das Mittel des politischen Generalstreiks festzulegen, wurde in schärfster Form Abgabe erklärt. Nur eine winzige Zahl Delegierter war anderer Meinung. Dieses Ergebnis wird hier und da bei einigen sehr verschupfen, aber das ändert nichts daran, daß der Gliner Kongreß ein rechtes Wort zur rechten Zeit gesprochen hat.“

Schließlich noch die „Rheinische Zeitung“, die sich folgendermaßen vernehmen läßt:

„Es mag sein, daß von dem Ausgang der Generalstreikdebatte einzelne Pfadfinder nicht erbaut sind, deren strategische Bedeutung im Klassenkampf von der erdrückenden Mehrheit der praktisch Tätigen wesentlich anders eingeschätzt wird, als sie selber zu erwarten pflegen — es ist aber unzulässig, daß das Votum des Kongresses in Sachen des Generalstreiks auch in der Partei für richtig anerkannt werden wird, mit Ausnahme natürlich der eben genannten Neuerer. Der Kongreß hat das einzig Richtige getroffen, indem er die Propagierung des Generalstreiks von sich abwesend und den zwar keineswegs neuen, aber klugen Grundsatze betonte, daß sich die Taktik bei Kämpfen, deren Umfang und deren Art gar nicht voraussagen ist, nicht vorausbestimmen lasse. Genauso wenig wie die Generalstreikdebatte haben die Verhandlungen über die Maifeier den von den Gegnern erhofften Miß in die Arbeiterbewegung gebracht. Die Verschiedenheit der Auffassungen in der Maifeierfrage datiert nicht erst von gestern; wir sind aber überzeugt, daß die Gewerkschaften nicht eine Abfung auf eigene Faust herbeiführen werden, vielmehr der Meinungsstreit durch gemeinsame Verhandlungen ausgetragen werden wird. Die deutschen Gewerkschaften, so mächtig sie auch gewachsen sind, werden doch niemals vergessen lernen, was der Arbeiterschaft der politische Kampf wert ist, und sie werden demgemäß mit der sozialdemokratischen Partei stets treue Bundesbrüderchaft zu halten wissen. Sozialdemokratie und Gewerkschaften brauchen nicht eins zu sein in dem Sinne, daß sie völlig ineinander aufgingen, sie sollen und werden aber stets einig sein, weil von dieser Einigkeit der Sieg der Arbeiterklasse abhängt. Mit der Zurückziehung der zu der Maifeierfrage eingebrachten Resolutionen ist dieser Einigkeit nur gedient worden.“

Auch der „Vorwärts“ äußert sich in zustimmendem Sinne. Auf seine Äußerungen über das Verhältnis von Partei und Gewerkschaften kommen wir vielleicht noch zurück, wenn wir diese Frage in den Kreis der Erörterung ziehen. Dabei werden wir auch einen ganz vorzüglichen Artikel Eduard Bernsteins in der Zeitschrift „Europa“, betitelt „Die Verselbständigung der Gewerkschaftsbewegung“ des näheren würdigen.

Sehr bemerkenswerte Ausführungen über den Gewerkschaftskongreß, dem er von Anfang bis Ende beiwohnte, macht Heinrich Braun in seiner Zeitschrift „Neue Gesellschaft“. Er schreibt unter anderem:

„Kraft gepaart mit Besonnenheit bildet das Kennzeichen des Gliner Gewerkschaftskongresses. Zur Macht, die eine ungeahnte Entwicklung in die Hand der Führer legte, gefüllt sich bei ihnen ein starkes Gefühl der Verantwortung. Davon waren die Verhandlungen und Beschlüsse des Gewerkschaftskongresses beherrscht sowohl gegenüber den nächstliegenden Aufgaben, wie auch gegenüber der über den unmittelbaren Pflichtbereich hinausreichenden Wirkung der gewerkschaftlichen Aktion auf die gesamte Arbeiterbewegung. Trotzdem dies deutlich sich ausdrückt, ist das Urteil über den Verlauf des Kongresses da und dort ein unfreundliches. Ungeteilte Anerkennung finden nur die Beschlüsse, die sich auf spezifisch gewerkschaftliche Angelegenheiten beziehen, während in manchen Parteiorganen Mißtrauen und unwillige Kritik, insbesondere angesichts der Erörterungen des Generalstreiks und der Maifeier zutage treten.“

Das ist eine unerfreuliche, im Hinblick auf unsere Gegner zugleich unbecommene Tatsache und um so bedauerlicher, als vor einer unbefangenen Prüfung das Urteil nicht stand hält.

Daß der Gewerkschaftskongreß die Stellung zum Generalstreik auf seine Tagesordnung setzte, war nicht nur sein

selbstverständliches Recht, sondern auch seine Notwendigkeit. Die verantwortliche Stellung der gewerkschaftlichen Führer und der Umstand, daß ein mißglückter Generalstreik in erster Linie die gewerkschaftlichen Organisationen mit zerstörender Wucht trafe, der hitzige Eifer, mit dem der anarchisierende Generalstreik auf der einen, der politische Massenstreik auf der anderen Seite propagiert wird, obwohl die praktischen Erfahrungen mit dem politischen Streik nicht sehr ermunternd sind und es, von der theoretischen Seite betrachtet, auch nicht völlig einwandfrei ist, — alle diese Umstände zwangen geradezu, ihn jetzt vor dem Forum der Gewerkschaften zur Erörterung zu bringen. Nun ist soviel richtig, daß Bömelburg kein Theoretiker ist — (sein deplazierter Ausdruck gegen die Literaten läßt darauf schließen, daß er auch mit der Theorie sich nicht gern beschäftigt), — und die von ihm vorgelegte Resolution in der Form nicht tadellos war und zu Mißverständnissen Anlaß gab. Aber nachdem Bömelburg erklärt hatte, daß er mit ihr keineswegs der Diskussion entgegenzutreten wolle, daß sie nicht so verstanden werden könne, „daß der Kongreß sich ein für allemal gegen den politischen Massenstreik“ erkläre, und sie „nicht im Widerspruch zur Amsterdamer Resolution“ stehe, ist jedenfalls eines vollkommen ausgeschlossen, daß der Gewerkschaftskongreß, der die Resolution nach ihrer authentischen Interpretation durch Bömelburg angenommen hat, in einen Gegensatz zur politischen Arbeiterbewegung sich setzen wollte.

Wir scheinen nach alledem, daß der Gewerkschaftskongreß bei der Neigung, eine in seinen Augen glücklichere Form für die Maßfater zu finden, nicht unterschiedener und rückhaltloser seinen Willen betätigen könnte, die Einheit der Arbeiterbewegung aufrecht zu erhalten. Angesichts der Selbstüberwindung, die der Kongreß geübt hat, ist es bedauerlich, daß ihm dies durch die Kritik einiger Parteiblätter nachträglich noch recht erschwert wird. Aber bei der inneren, unverbrüchlichen Notwendigkeit, die die Einheit der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung verbürgt, wird sich glücklicherweise darum nichts ändern. Wünschenswert ist es indessen nicht, Reibungsflächen hervorzurufen, und unter den vielen erfreulichen Wirkungen dieses Gewerkschaftskongresses wäre es nicht die letzte, wenn die Überzeugung sich verbreitete, daß zwischen der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften eine enge Fühlung hergestellt und in den sie beide beruhenden Fragen rechtzeitig eine Verständigung gesucht werden sollte.“

Von allen diesen Preßstimmen ist in der „Leipziger Volkszeitung“ und der „Dortmunder Arbeiterzeitung“ nichts zu lesen. Die Unfehlbarkeit dieser Blätter gestattet es nicht, andere Meinungen zum Worte kommen zu lassen.

Die Gewerkschaftspressen äußert, soweit sie zu den Verhandlungen des Gewerkschaftskongresses Stellung genommen hat, im großen ganzen ihre Zustimmung zu denselben. Die abschlägigen Urteile der Parteipresse übergeht sie mit Schweigen, wohl nach dem Grundsatz, den sie in dieser Beziehung stets beobachtet hat: „Daß schweigen“. Wir halten das nicht für richtig. Gegenüber solchen Angriffen, gegen eine solche Behandlung, wie sie den Gewerkschaften von einzelnen Parteiblättern zuteil wird, sollten wir doch Stellung nehmen. Das verlangt unser Ansehen und unsere Ehre.

### Soziales.

#### Die höchsten Fleischpreise

Seit einem halben Jahrhundert haben wir zurzeit zu verzeichnen. Das sind die Früchte der agrarischen Grenzsperrpolitik. Fremden muß auf diese Weise der gute deutsche Viehstand durch Pflege der Enthaltsamkeit gegenüber der kräftigen Nahrung, deren er zur Erhaltung seiner Leistungsfähigkeit bedarf. Besonders auffällig war die künstliche Hinaushebung der Fleischpreise in den letzten zehn Jahren, in denen die Agrarier ihre höchsten Träume auf Ertragspflichtmachung der Bevölkerung erfüllt gesehen haben. Es betrug der Preis pro Doppelzentner in Markt für:

	Rinder	Schweine	Kälber	Lamm
1895	119,0	90,1	112,8	109,5
1896	112,2	86,2	107,8	102,6
1897	113,1	105,0	115,3	104,8
1898	113,3	111,3	119,7	108,4
1899	115,9	94,8	132,5	110,0
1900	119,1	95,5	128,5	112,3
1901	117,3	112,0	123,0	112,9
1902	121,4	118,8	130,2	120,8
1903	129,0	99,7	139,6	132,9
1904	131,5	98,0	139,2	127,2
Durchschnitt für Jan./April 1905	131,2	116,1	140,1	122,0

Nach diesen amtlichen Notierungen waren die Rinderpreise im Durchschnitt des Jahres 1904 zwar ein klein wenig höher als augenblicklich, aber mit Ausnahme des Jahres 1904 reichte kein anderes Jahr an die Höhe der jetzigen Preise heran. Die Schweinepreise gingen nur im Jahre 1902 über den jetzigen Stand hinaus. Die Preise für Lamm waren in den beiden Vorjahren höher als gegenwärtig. Dagegen haben die Kälberpreise noch nie so hoch gestanden wie augenblicklich. Für alle vier Schlachtviehgattungen zusammen genommen ergibt sich aber, daß seit 1895 das Preisniveau zuzeit am höchsten ist.

Auch im Vergleich mit früheren Perioden kann behauptet werden, daß die gegenwärtigen Preise über haupt noch nicht dagesen sind. Für Deutschland kann die Bewegung der Schlachtviehpreise etwa bis 1850 zurück einigermaßen vergleichbar verfolgt werden. Bei einem solchen Vergleich findet sich kein einziges Jahr, in dem der Durchschnitt für die erwähnten vier Schlachtviehgattungen auch nur annähernd an den jetzigen Preisstand herangereicht hätte. Steht nun aber die Tatsache fest, daß wir in Deutschland augenblicklich Schlachtviehpreise haben, wie sie im letzten halbjahrhundert niemals zu beobachten waren, so läßt sich nicht länger bestreiten, daß das Angebot sehr knapp, die Nachfrage dagegen auf dem Viehmarkt ziemlich stark ist. Damit wäre aber bewiesen, daß trotz aller Einwände in Deutschland zurzeit ein Vieh- respektive Fleischmangel besteht, den die deutsche Landwirtschaft nicht beheben kann, so oft dies auch die agrarischen Organe dem deutschen Volke vorliegen.

**Berufs- und Gewerbezahlung.** Unter dem Vorsitz des Präsidenten des Kaiserlichen Statistischen Amtes in Berlin, Dr. van der Borcht, ist im Lübecker Rathaus eine Konferenz von Vertretern der deutschen landesstatistischen Ämter zu einer mehrtägigen Beratung zusammengetreten. Hauptgegenstand der Beratung ist die Berufs- und Gewerbezahlung im Jahre 1907.

**Die Zahl der Dampfmaschinen in Sachsen** bezifferte sich zu Beginn des Jahres 1901 auf 11.569 und dürfte bis jetzt auf 13.000 angewachsen sein. Relativ am dichtesten standen die Dampfmaschinen am 1. Januar 1901 im Kreise Chemnitz, denn hier kam bereits auf 0,85 Quadratkilometer, in Zwickau auf 0,94, in Leipzig erst auf 1,36, in Dresden auf 1,70 und in Bautzen auf 1,98 Quadratkilometer eine Dampfmaschine. Unter Berücksichtigung der Einwohnerzahl gestaltete sich das Verhältnis etwas anders, denn in Zwickau kam schon auf 269 Bewohner eine Dampfmaschine, in Bautzen auf 324, in Chemnitz auf 328, in Leipzig erst auf 403 und in Dresden erst auf 476 Einwohner. Betrachtet man die Verwendung der Dampfmaschinen in den einzelnen Gewerbegruppen, so ergeben sich folgende Resultate: Von den 11.569 feststehenden Dampfmaschinen fanden nur 18 in der Land- und Forstwirtschaft Verwendung, 1310 im Bergbau und Hüttenwesen, 652 von der Industrie der Steine und Erden, 478 in der Metallverarbeitung, 1370 von der Industrie der Maschinen, Instrumente und Apparate, 272 in der chemischen Industrie, 291 von der Industrie der forstwirtschaftlichen Nebenprodukte, Getreide, Öl und Fette, 2994 in der Textilindustrie, 707 in der Papierindustrie, 178 in der Lederindustrie, 731 von der Industrie der Holz- und Schnitzstoffe, 1703 von der Industrie der Nahrungs- und Genussmittel, 311 in der Bekleidungs- und Reinigungsbranche (Wadeanstalten), 9 im Baugewerbe, 169 im polygraphischen Gewerbe, 1 im Kunstgewerbe (zu Leipzig), 20 im Handelsgewerbe, 76 im Verkehrsgewerbe, 58 vom Gewerbe der Beherbergung und Erquickung (zum Betrieb von Beleuchtungsanlagen in Gast- und Schankwirtschaften), 171 für häusliche Zwecke (in Krankenhäusern, Sehranstalten usw.) und 54 für verschiedene andere Zwecke und zu einem Betrieb vereinigte Gewerbebezüge. Neu aufgestellt wurden von den 11.569 am 1. Januar 1901 gezählten Dampfmaschinen während des fünfjährigen Zeitraums von 1896 bis 1901 insgesamt 3436 oder circa 30 Prozent, und zwar in der Kreishauptmannschaft Bautzen 29,28, Chemnitz 25,50, Dresden 29,76, Leipzig 33,21 und Zwickau 30,16 Prozent.

Gegen diese Anzahl von Maschinen konkurrierte nun einmal das Kleingewerbe mit Hilfe von Gas- und Elektrizitätsmotoren.

### Bekanntmachungen des Vorstandes.

Den nachfolgenden Zahlstellen wird hierdurch antragsgemäß die Genehmigung erteilt, ab 1. Juli d. J. den angegebenen wöchentlichen Lokalbeitrag neben dem ordentlichen Verbandsbeitrag zu erheben: Zehlendorf 25 Pf., Potschappel 10 Pf., Amberg 5 Pf., Hanau 5 Pf., Liegnitz 5 Pf., Memmingen 5 Pf., Reichenhausen 5 Pf.

Nachstehende Mitgliedsbücher sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt:  
 54.090 Karl Borgmann, Tischler, geb. 25. 2. 82 zu Bavel.  
 76.551 Rudolf Haug, Schreiner, geb. 9. 2. 83 zu Darmshelm.  
 143.574 Paul Hofmann, Tischler, geb. 25. 9. 82 zu Berlin.  
 166.778 Eduard Pohl, Tischler, geb. 13. 9. 85 zu Kreuzendorf.  
 204.852 Paul Karvas, Tischler, geb. 24. 8. 83 zu Trebitz.  
 205.831 Jakob Glom, Tischler, geb. 7. 11. 79 zu Hohenrod.  
 212.642 Rudolf Franz, Tischler, geb. 13. 9. 84 zu Kena.  
 227.658 Einar Hammler, Tischler, geb. 9. 12. 87 zu Orenhagen.  
 255.408 Georg Heinrich Reiminger, Schreiner, geb. 14. 11. 71 zu Ober-Mobau.

Stuttgart, Adlerstraße 43. Der Vorstandsvorsitzende.

### Korrespondenzen.

**Misfeld in Hessen.** Am 28. Mai wurde hier eine öffentliche Holzarbeiterversammlung abgehalten, welche sehr zahlreich von Misfeld und Umgegend besucht war. Kollege Frommann aus Höchst a. M. sprach über „Die Kämpfe der Holzarbeiter um eine menschenwürdige Existenz“. Der Redner verstand es, die Anwesenden so zu fesseln, daß sie sich die Lehre daraus gezogen haben, wie notwendig es ist, sich zu organisieren. In der Diskussion wurde kritisiert, daß einige Arbeiter es fertig gebracht hatten, mehrere Kollegen wieder aus dem Verbandsverband zu bringen, um ihre schöne Arbeitszeit und ihre horrenden Löhne nicht zu verschlechtern. In manchen Betrieben werden noch circa 70 Stunden gearbeitet. Die Arbeiter sagen, wenn wir uns organisieren und der Arbeitgeber erhält Nachricht davon, so werden wir unbarbarisch entlassen. Kollege Frommann rief den Kollegen, nicht so ängstlich zu sein, denn wenn der Unternehmer erfährt, daß seine sämtlichen Arbeiter organisiert sind, so wird er sich hüten, Maßregelungen vorzunehmen. Auch die Preise der Nahrungsmittel wurden einer Besprechung unterzogen. Die Arbeiter sind kaum in der Lage, sich noch ein Pfund Fleisch die Woche zu kaufen mit ihrem traurigen Verdienste, kostet doch in Misfeld ein Pfund Rindfleisch 75 Pf. Auch die Wohnungen sind sehr teuer. Leider schenken die Arbeiter der Organisation kein Gehör, sie gehen lieber in die Gewerkschaft als in den Verband. Die Frauen müßten mehr aufgestellt werden über ihre soziale Lage. Diejenigen Arbeiter, welche die Woche 20 Mk. und mehr verdienen, sind sogenannte Parabearbeiter, welche den anderen Arbeitern abrateten, in den Verband einzutreten. Am Schluß sprach Kollege Frommann das Bedauern aus, daß die Arbeiter noch froh wären, im Durchschnitt 12 Mk. verdienen zu dürfen. Diese Zustände müßten die Kollegen veranlassen, sich zu organisieren, und das Wort zu beherzigen „Einigkeit macht stark.“

**Karlruhe.** Unter den hiesigen Parkettlegern herrschen Verhältnisse, die eine öffentliche Besprechung notwendig machen. Während die Kollegen anderwärts befreit sind, das Zwischenmeisterstystem zu beseitigen, ist man hier dabei, es recht zur Blüte zu bringen. Einzelne Parkettleger scheuen sich nicht, ihre Nebenarbeiter zu verkleinern und sie beim Unternehmer anzuschwärzen, um sich selbst dadurch einzuschmeicheln. So kann es vorkommen, daß ansässige Parkettleger, die stets in jeder Beziehung ihre Schuldigkeit getan haben, gezwungen werden, auswärts Arbeit zu suchen infolge der unlauteren Konkurrenz, die ihnen von solchen Nachfolgenden gemacht wird. Die Zustände können nur gebessert werden, wenn sich die Kollegen um den Verband kümmern, die Versammlungen fleißig und zahlreich besuchen und sich den Ausbau unserer Organisation unter den Parkettlegern angelegen sein lassen.

**M.-Glabbad.** Am 1. Juni fand hier eine von der Zahlstelle des Deutschen Holzarbeiterverbandes einberufene Holzarbeiterversammlung statt. Gauvorsitzer Kollege August Hartung aus Eberfeld referierte über: Unsere Lohnkämpfe in den beiden letzten Jahren. Der Redner verstand es vortrefflich, den Zuhörern die bedeutendsten Lohnkämpfe, besonders die große Berliner Aussperrung, welche mit einem glänzenden Erfolg für die Arbeiter endete, zu schildern, er bewies durch reiches Zahlenmaterial, daß die Organisation die beste Sparmaßnahme sei, und forderte die noch nicht organisierten Kollegen auf, sich dem Deutschen Holzarbeiterverband anzuschließen. In der Diskussion, an welcher sich einige christlich organisierte Holzarbeiter und mehrere Abgeordnete vom katholischen Arbeiterverein Konfordia ausgiebig beteiligten, brachten dieselben neben einigen Worten der Anerkennung über das Referat wieder die beliebtesten Mäxchen von der sozialdemokratischen Tendenz und religionsfeindlichen Gesinnung vor: Als denselben von uns vorgehalten wurde, daß es doch immer die Christlichen seien, welche die Religion unnützlich in die Debatte ziehen, machte Herr Josef Jooß, Redakteur der „Westdeutschen Arbeiterzeitung“, das aufrichtige Geständnis, er tue es ganz mit Absicht. Als der Referent im Schlußwort die Haltlosigkeit der gegnerischen Ausführungen darzulegen begann, verließen die christlichen Wortführer (Herr Jooß ausgenommen) mit dem größten Teile ihres Anhangs heldeumütig den Saal. Trotz mäßigen Besuchs der Versammlung haben wir doch noch einige Aufnahmen zu verzeichnen.

**Rudolfsadt.** Lange ist es her, daß wir das Verbandsorgan in Anspruch genommen haben; aber jetzt geht es nicht länger, die hiesigen Kollegen müssen einmal auf diesem Wege an ihre Pflicht erinnert werden. Kommt man in die Versammlung, so sind immer nur ein und dieselben anwesend, die meisten halten es gar nicht für nötig, zu kommen, ja einige von denen, die sonst immer kommen, bleiben jetzt auch noch wegen persönlichen Meinungsverschiedenheiten weg. Kollegen, das muß anders werden, wo soll das hin führen? Wollt ihr denn haben, daß unsere Bewegung am Orte nach und nach einschläft? Nur durch den Besuch der Versammlungen können Meinungsverschiedenheiten aus der Welt geschafft werden. Es sind in letzter Zeit Einrichtungen in der Zahlstelle eingeführt worden, durch die dieselbe nur gewinnen kann, und sollte es Pflicht eines jeden Kollegen sein, dieselben seinen Mitarbeitern und Kollegen mitzuteilen, damit die auch wissen, wie es bei uns ist, und daß endlich einmal die Gleichgültigkeit aufhört und die uns noch Fernstehenden dem Verband zugeführt werden. Die Zahlstelle erhebt jetzt einen Lokalzuschlag von monatlich 10 Pf. und gewährt bei Arbeitslosigkeit ein Drittel der Verbandsleistung als Zuschlag. In Krankheitsfällen gewährt die Zahlstelle einen Zuschuß von 2 Mk. pro Woche auf 6 Wochen. Mit diesen Einrichtungen können wir getrost mit jeder gegnerischen Organisation am Orte uns messen. Also, Kollegen, kommt in die Versammlungen und sucht die uns Fernstehenden dem Verband zuzuführen, dann wird es auch in Rudolfsadt besser werden.

**Schöneberg.** Während in den letzten zwei Jahren unsere Zahlstelle still geworden ist und während der Kampfesperiode auch die Kollegen im großen und ganzen Interesse zeigten, scheint jetzt nach dem Friedensschluß daselbst stark abzunehmen. Sollte es doch jeden Kollegen zu denken veranlassen, wie rührig die Unternehmer unseres Gewerbes arbeiten, um die Macht der Kühnemänner zu erringen. Gibt sich auch die hiesige Ortsverwaltung alle Mühe, die Versammlungen durch lehrreiche Vorträge interessant zu gestalten, so hat dies doch nie den gewünschten Erfolg; kaum ein Fünftel der circa zweihundert Mitglieder ist anwesend, es genügt ihnen, wenn sie das Notdürftigste durch den Werkstattvertrauensmann, welcher wieder fast immer der jüngste Kollege der Werkstatt ist, erfahren. Es gäbe gerade Mißstände genug zu beseitigen zwecks anständiger Behandlung und Zurechtweisung der Tarifvereinbarungen; haben doch die Kollegen eines Betriebs erst auf energisches Drängen der Verwaltung die Schlichtungskommission angerufen, nachdem ihnen seitens des Werkführers erklärt war: „Den Tarif erkerne ich nicht mehr an, damit können Sie sich den ... wischen.“ Kollegen Schönebergs! Laßt diesen Schlenkrian nicht so weiter gehen, besucht besser die Versammlungen und helft mitarbeiten an dem weiteren Ausbau unserer Organisation, dann werdet ihr auch besser informiert sein über Pflichten und Rechte der Mitglieder; jedenfalls ist das besser, als Meisters Geburtstag und Jubiläum feiern. (!!) — In der Versammlung am 19. Juni Vortrag des Genossen Kagenstein. Hoffentlich tragen diese Zeilen dazu bei, den Versammlungsbesuch zu heben.

**Stade.** Unsere Zahlstelle besteht nun schon vier Jahre, doch ist es uns bisher noch nicht gelungen, die verheirateten Kollegen dem Verband zuzuführen. Die Kollegen haben es anscheinend nicht nötig, denn der Lohn von 14 bis 21 Mk. ist ja hoch genug, daß ein Tischlergeselle anständig leben kann. Auch ist den einen der Beitrag zu hoch, andere erklären, daß sie befristeten, die Arbeit zu verlieren, wenn sie in den Verband eintreten. Diese und ähnliche Antworten erhalten wir, wenn wir die Kollegen auffordern, sich der Organisation anzuschließen. Kollegen, ihr täuscht euch selbst! Ihr werdet den Beitrag wohl übrig haben, wenn ihr Krüger-, Jünglings- und ähnlichen Vereinen etwas weniger Aufmerksamkeits widmet. Auch schließt euch der Verband durch seine Unterstützungseinrichtungen zur Genüge, wenn ihr wegen der Zugehörigkeit zum Deutschen Holzarbeiterverband arbeitslos werden solltet. Was die Höhe des Lohnes anbelangt, so

kommt es vor, daß fremde Kollegen mit 14 bis 18 Mk. pro Woche nach Hause geschickt werden. Davon sollen sie noch 11 bis 12 Mk. für Kost und Logis bezahlen. Wir brauchen uns nicht zu wundern, wenn die Kollegen sobald als möglich dem armen Stabe den Rücken kehren. Aber da freut man sich womöglich noch darüber, wenn der fremde Verbandskollege wieder aus der Bude raus ist, denn da kann man wieder Überstunden machen und Sonntags arbeiten und erhält hierfür, na sagt wir ein kleines Trinkgeld. Auch die Behandlung, die den Arbeitern zuteil wird, läßt sehr viel zu wünschen übrig. Die Kollegen, die in Stabe anständig sind, namentlich die in der Möbelfabrik von Gahn, ersuchen wir, gemeinsame Sache mit uns zu machen. Trete mit ein in den Deutschen Holzarbeiterverband, dann werden wir vorwärts kommen. Nehmt euch ein Beispiel an den Kollegen in Bremerbrücke; bei dem ersten Versuch, in Bremerbrücke für den Verband festen Fuß zu fassen, erklärten sich sofort die meisten Kollegen bereit, einzutreten; es wird nicht mehr lange dauern, dann haben wir auch in Bremerbrücke eine Zahlstelle. Darum, ihr Kollegen in Stabe, die ihr dem Verband noch nicht angehört, steht hinter den Kollegen in Bremerbrücke nicht zurück. Wir wollen doch nicht immer mit grober und schlechter Behandlung und mit Hungerlöhnen zufrieden sein. Den Verbandskollegen aber rufen wir zu, unablässig zu agitieren; tue ein jeder seine Pflicht; besuche regelmäßig die Zusammenkünfte und bringe stets einen Kollegen mit. Dann können wir auch über unsere Arbeitsverhältnisse sprechen und Mittel und Wege beraten, um dieselben zu verbessern.

**Zeit.** Hier fand am 27. Mai eine öffentliche Korbmacherversammlung statt, in welcher Kollege Günther-Bernburg über die „Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der hiesigen Rindermaschinenfabrik“ referierte. Redner entledigte sich seiner Aufgabe in zufriedenstellender Weise. Unter anderem äußerte er aus, daß wohl kein anderer Beruf mit so eigenartigen Zuständen zu rechnen habe, wie gerade der unsere. So stehen uns bei Aufbesserung unserer Lage die Hausindustrie, die Tuchhausarbeit und die billigeren weiblichen Arbeitskräfte hinderlich im Wege. Auch die Arbeitsteilung, speziell in der Rindermaschinenbranche, bleibt ein Faktor, der bei Beurteilung unserer Lage nicht außer Betracht gelassen werden darf. Des weiteren ging Kollege Günther auf die Akkordarbeit ein und wies darauf hin, daß bei Festlegung von Akkordpreisen auf Grund des Magdeburger Konferenzbeschlusses diesen ein Stundenlohn von 40 Pf. zugrunde gelegt werden soll. Zum Schluß zeigte der Redner an der Hand einiger Beispiele, daß der gewerkschaftliche Zusammenschluß, wenn anders die Verhältnisse nicht beim alten bleiben sollen, nachgerade zur Naturnotwendigkeit geworden ist. Leider war der Besuch der Versammlung verhältnismäßig schwach. Die Diskussion über den Vortrag selbst und die Verhältnisse im allgemeinen war so anregend und förderte gleichzeitig eine Reihe von Mißständen in einzelnen Betrieben zutage, daß es wohl an der Zeit ist, die alte Nachlässigkeit der Organisation gegenüber abzustreifen und mehr denn je auf dem Posten zu sein. Also schließt euch samt und sonders dem Holzarbeiterverband an, zumal wir hier in Zeit eine Sektion der Korbmacher gegründet haben, die unsere Verhältnisse gründlicher regeln kann. Also, Kollegen, organisiert euch, dann wird auch hier manches besser werden.

### Differenzen und Lohnbewegung in der Holzindustrie.

- Zuzug ist fernzuhalten von:
- Lischlern** nach Alfeld (Rent), Anklam (W. Oldenburg), Augsburg, Beuthen O.-Schl., Bochum (Wickmann), Celle (Mundhenke), Grimmitzschau i. S., Dortmund, Duisburg, Falfenstein (Otto Schneider), Finsterwalde (Tischler Kurt Winkler), Flensburg (Schiffswerft), Freienwalde, Friedrichshafen, Gera, Greifswald, Goslar a. Harz (Fr. Wagners), Heidingsfeld bei Würzburg (Fint), Kiel, Lage (H. Kampmeier und A. Wüthe), Lahr (W. Ringwald), Landskron, Langenbielau, Langensalza (Fr. Moschau und Wilhelm Scharfenberg), Leipzig, Liegnitz (Fritsch & Co. und G. Lieh), Lörrach (Walt), Mannheim (Sachs & Co.), Neumünster in Holst., Neuhäuser bei Düsseldorf, Priebus (D. F. Schulze), Schönlanke (Böppel), Sonneberg (Döberich und Stebermanns Erben), Speyer (Möbelfabrik Heinrich Mühl, in Ausstand getreten am 5. Juni), Waldheim, Schweiz;
- Lischlern, Maschinenarbeitern und Drechslern** nach Darmstadt, Dresden (Arbeitsnachweis des Holzindustriellenverbandes), Rabenau (Spechtmühle), Scheuditz (S. Schäfers Söhne);
- Lischlern auf photographische Apparate** nach Rabenau (Kolbe & Schulze), Tharandt (Merkel & Haberland);
- Modellischlern** nach Berlin, Braunschweig (Dampf- und Gasometerfabrik), München, Nürnberg, Pegnitz, Schweden;
- Lischlern und Stellmachern** nach Bochum (Weg Nachf.), Dortmund, Hamburg (Wagenfabrik Falkenried), Weimar (Akt.-Ges. für Eisenbahn- und Militärbedarf);
- Lischlern und Pantinenmachern** nach Cottbus;
- Stuhlmachern** nach Neuhäuser i. Erzgebirge;
- Stellmachern** nach Dresden, Gelsenkirchen, Graudenz, München;
- Drechslern** nach Bernau (Mückert);
- Musikinstrumentenarbeitern** nach Bamberg (F. C. Neupert), Dresden, Johanneorgenstadt (A. Grunert), Liegnitz (A. Freitag);
- Parfettiegern** nach Nürnberg (Moser); Stettin (Rahmlow);
- Stocharbeitern** nach Berlin (S. & S. Gembick und Philipp & Co.);
- Korbmachern** nach Berlin (Frank), Celle (Gebrüder Hohlmann), Lübeck (S. Oldenburg), Liegnitz (Rindermaschinenfabrik Konehny), Martranzstadt (Schindler), Nürnberg (Ferd. Althoff);
- Wärsternmachern** nach Berlin (Schächter), Heidelberg (Wallus Mahler), Wittenberge (Schäfer).

**In Anklam** dauert der Streik unverändert fort. Trotz aller Bemühungen des Herrn Oldenburg und seines Meisters Bernke ist es nur gelungen, einen ehemaligen Tischlermeister, einen Gastwirt (früher Tischler) und einen jungen Kollegen von einem nahen Dorfe einzufangen. Daß ihm durch diese nützlichen Elemente nicht das notwendige Quantum Arbeit, welches früher 56, schon seit Jahren gut eingearbeitete Kollegen lieferten, hergestellt werden kann, wird jedem einleuchten. Vorläufig versendet Herr O. ja noch immer von den Kollegen fertigestellte Schreibtische und Büfets. Der Vorrat muß aber sehr auf die Meige gehen. Der Bedarf war immer ein guter. An unseren Kollegen liegt es nun, dafür zu sorgen, daß die Fabrik auch fernherhin nicht überlaufen wird.

**In Berlin** dauert der Streik der Modellischler noch unverändert fort. Die Zahl der Streikenden betrug am 10. Juni 478. In den beiden Fabriken Freund und Kappler haben die Kollegen die Arbeit aufgenommen. Diese Firmen bewilligten eine Verkürzung der Arbeitszeit von 1/2 Stunde pro Tag und die übrigen Forderungen zum großen Teil. Die Unternehmerorganisation verbietet den Unternehmern, mit den Streikenden in Unterhandlung zu treten. Die Kollegen müssen ihr Hauptaugenmerk auf die Streikarbeit richten, welche die Unternehmer in anderen Betrieben anfertigen lassen. Gelingt es, diese Streikarbeit überall zurückzuweisen, so wird der Streik zu einem günstigen Abschluß kommen.

Die Wärfenfabrik Schächter in Berlin ist gesperrt. Der Unternehmer verlangt von den Arbeitern den Austritt aus der Organisation. Die organisierten Kollegen sind sämtlich entlassen worden, weil sie sich weigerten, aus der Organisation auszutreten.

**In Bochum** mußte über die Firma Wickmann in Bochum-Hofstede, Möbelfabrik und Bauzeichnererei die Sperre verhängt werden. Genannte Firma hat den von ihr bisher anerkannten Tarifvertrag gebrochen und läßt wieder 10 1/2 Stunden arbeiten, zahlt auch die vereinbarten Zuschläge nicht mehr, weshalb die dort beschäftigten 50 Kollegen ihre Kündigung eingereicht haben. Zuzug ist fernzuhalten.

**In Brandenburg** ist der Streik bei C. F. Richter beendet. Die Sperre wurde aufgehoben. Es ist der Firma gelungen, eine genügende Zahl Arbeitswilliger zu finden, darunter auch zwei streikende Gewerkevereiner, so daß eine Weiterführung des Kampfes zurzeit untunlich erschien.

**In Chemnitz** sind die Tischler, Drechler und Maschinensarbeiter in eine Lohnbewegung eingetreten. Sie fordern die 56 stündige Arbeitszeit; einen Mindeststundenlohn von 40 Pf., für jüngere Kollegen unter 20 Jahren 36 Pf., und für die im ersten Gesellenjahr stehenden Kollegen 32 Pf.; auf die bisher gezahlten Stundenlöhne einen mindesten Aufschlag von 5 Pf.; Anerkennung eines Akkordtarifs für Bauarbeiten; Sicherung des Stundenlohnes bei nichttariflichen Akkordarbeiten; wöchentliche Lohnzahlung, die am Freitag zu erfolgen hat und die bis zu einer halben Stunde nach Arbeitszählung beendet sein muß. Weiter werden Forderungen auf Regelung des Abschlags, der Überstundenlohnzahlung, der Lohnzahlung für Montagearbeiten usw. gestellt. Für Bauanschläger wird ein Mindeststundenlohn von 45 Pf. gefordert. Die Chemnitz'er Kollegen haben in einer am 31. Mai stattgefundenen Versammlung mit 460 gegen 11 Stimmen beschlossen, diese Forderungen den Unternehmern zu unterbreiten, was am 2. Juni geschehen ist. Die Antwort der Unternehmer auf diese Forderungen wird bis 14. Juni erwartet. Die Kollegen werden ersucht, den Chemnitz'er Vorgängen ihr volles Augenmerk zuzuwenden.

**In Dresden und Umgebung** ist der Streik in der photographischen Branche beendet. Erreicht wurde die wöchentliche 52 stündige Arbeitszeit, zuzü zehn Prozent Lohnerhöhung, Erhöhung aller der Akkordpreise, wo bisher unter dem Durchschnitt verdient wurde, so daß der bisherige Durchschnittsakkordverdienst zum Mindestverdienst wird; Anfertigung von neuen Mustern erstmalig in Lohn, 6 bis 10 Prozent Zuschlag bei Wechselarbeiten, 5 und 10 Pf. Zuschlag für Überstunden, Anerkennung der Arbeiterausschlüsse. Veranlaßt durch die raffinierten Arbeitswilligensuche konnten 14 Kollegen nicht sofort wieder eingestellt werden. Die Fabrikanten haben sich jedoch verpflichtet, solange Streikende arbeitslos sind, keine anderen Arbeiter einzustellen.

Der Arbeitsnachweis des Holzindustriellenverbandes, Flemmingstraße, ist gesperrt. Umschauen ist verboten; auch von Seiten der Innung besteht der Beschluß, daß durch Umschauen Leute nicht eingestellt werden dürfen. Die Arbeitslosigkeit hat wieder eine außerordentliche Höhe erreicht und sind die am längsten Arbeitslosen 8 bis 10 Wochen eingeschrieben. Es ist für Zureisende, wenn sie nicht Streikbrecher werden wollen, unmöglich, hier Arbeit zu bekommen.

**In Duisburg** dauert der Streik respektive die Aussperrung nun schon die elfte Woche und ist das Ende noch nicht abzusehen. Die Unternehmer haben noch immer nicht eingesehen, daß es für sie besser ist, die minimalen Forderungen der Arbeiter zu bewilligen, als die Betriebe stillstehen zu lassen. „Einigungsverhandlungen“, welche stattfinden, hatten kein Resultat. Die Unternehmer bewilligten nichts. Die Kollegen in Duisburg glauben aber, daß sie nach zehnwöchigem Streik nicht so ohne weiteres wieder in die Buden hineinlaufen brauchen. Tiefe Erbitterung bemächtigte sich der Streikenden, als das Resultat dieser „Einigungsverhandlungen“ bekannt wurde. Sie sind gewillt, so lange auszuharren, bis die Unternehmer annehmbare Zugeständnisse machen. Die Situation ist immer noch günstig. Wird der Zuzug streng ferngehalten, so gehen auch die Duisburger Kollegen als Sieger aus dem Kampfe hervor.

**In Endorf** ist es in jüngster Zeit rebellisch geworden; hatten da vier Säger und ein Maschinist die Kühnheit, sich in unserem Verband zu organisieren. Dieses vernünftige Vorgehen paßte ihrem Ausbeuter, dem Zimmerer-, Bau- und Sägewerksbesitzer Obermeier, nicht in den Kram, und geriet derselbe vollends aus dem Häuschen, als in jüngster Zeit die Kollegen für Überstunden 5 Pf. mehr verlangten und eine menschliche Behandlung dazu. Sonst zahlt der „Arbeiterfreund“ 25 bis 28 Pf. die Stunde; da natürlich bei einem solchen Hungerlohn die Leute nicht leben können, müssen Überstunden gemacht werden, um den Verdienst etwas zu erhöhen. Obermeier lehnte kurzweg ab. Da verlangten die Kollegen, daß der Gauvorstand die Sache in die Hand nähme; einem Mitglied desselben erzählte der gute Mann, daß wohl wenig Unternehmer ein so warmes Herz hätten für die Arbeiter wie er, aber die 5 Pf. lehnte er wieder

stritte ab, ja sein warmes Herz ging so weit, daß er abends zwei Kollegen maßregelte mit dem Bemerkten, sie sollen sich nun von den anderen erhalten lassen. Ein Beweis für das gute Herz des Herrn Obermeier ist es wohl, daß ein Säger die Armenpflege bei 14 stündiger Arbeit in Anspruch nehmen muß, um seine Familie nicht verhungern zu lassen; auch wurde erzählt, daß die ledigen Kollegen zu Hause Mehlspeisen kochen, da sie das Gasthausessen nicht erschwingen können. Ja es hat sich hier sogar ein Spezialgeschäft etabliert mit geräuchertem Pferdefleisch. So ist die Lebenshaltung in unserem gut christlichen Orte beschaffen, aber nur die der Arbeiter; der Wohlstand der Unternehmer dagegen nimmt von Tag zu Tag zu. Hat doch auch Herr Obermeier mit einer Bagatelle vor wenigen Jahren angefangen und heute ist er einer der reichsten Leute im Orte. Ähnliche Zustände dürften in vielen Orten unseres gemäßigten Bayern zu finden sein, ganz besonders bei den Sägern, und wäre es höchste Zeit, daß ganz besonders die Säger erkennen möchten, in welcher trauriger Lage sie sich befinden, und daß nur der Deutsche Holzarbeiterverband Abhilfe schaffen kann. Im übrigen sollen die Säger den Betrieb Obermeiers strengstens meiden.

**In Finsterwalde** ist es in der Tischfabrik R. Winkler bisher zu keiner Verständigung gekommen, sogar der Vertreter des Schutzverbandes ist unverrichteter Sache abgezogen. Der Schutzverband zahlt keine Unterstützung und erklärte Winkler, daß er allein weiterkämpfe. Von den 48 am Streik beteiligten Kollegen sind nur noch 12 außer Arbeit. Winkler wird wohl nur seinen Arbeitsmangel verdecken wollen und im August selber kommen. Dann wird es aber im Herbst faul für ihn aussehen, denn ehe einer anfängt, soll und muß er den Schaden aufbringen. Netze Streikbrecher sind da. Eine Straße, die früher viel Verkehr hatte, ist aus Furcht vor diesen Elementen leer geworden, und sorgen die Finsterwalder für die gehörige Verachtung. Der Betrieb bleibt nach wie vor gesperrt für Tischler, Polierer, Drechler und Maschinensarbeiter.

**In Flensburg** stellten am 20. Mai auf der Schiffswerft sämtliche organisierten Arbeiter aller Branchen, um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erlangen, die Arbeit ein. Unter den in den Ausstand getretenen befanden sich 85 Kollegen, die dem Holzarbeiterverband angehören. Die von dem Arbeiterausschuß eingeleiteten Verhandlungen mit der Werftdirektion haben bis jetzt keine Einigung gebracht. Zuzug von Tischlern, Modellischlern und Maschinensarbeitern nach Flensburg ist fernzuhalten.

**In Furtwangen** wurde bei der Firma Furtwängler & Söhne der Versuch gemacht, die Arbeitszeit zu verlängern, indem an die Arbeiter die Zumutung gestellt wurde, täglich anderthalb Überstunden zu leisten ohne die üblichen Prozente. Durch einmütiges Festhalten an der bisherigen (zehnstündigen) Arbeitszeit wurde die Absicht der Firma durchkreuzt.

**In Gelsenkirchen** sind die Stellmacher in eine Lohnbewegung eingetreten. Sie verlangen Einführung der zehnstündigen Arbeitszeit, eines Stundenlohnes von 48 Pf. und bessere Bezahlung der Überstunden. Zuzug ist streng fernzuhalten.

**In Gera** haben unsere Kollegen bekanntlich am 19. Mai Forderungen eingereicht, die Unternehmer haben darauf ablehnend geantwortet. Daraufhin haben die Kollegen am 27. Mai die Kündigung eingereicht. Auch die von unserer Verwaltung mit der Tischlerinnung später angebahnten Verhandlungen scheiterten. Nur die Firma Peitsch hat die 57 stündige Arbeitszeit und einen Lohn tarif bewilligt. Auch die Firma Uhlemann und weitere sechs Unternehmer haben die Forderungen glatt bewilligt. Bei der Firma Falke haben die Kollegen schon am 10. Juni die Arbeit niedergelegt, weil die Firma ihnen plötzlich eine verbesserte Arbeitsordnung vorlegte. Voraussichtlich wird es in Gera zu einem erbitterten Kampfe kommen. Wir bitten den Zuzug fernzuhalten.

**In Greifswald** arbeiten die Kollegen sämtlich zu den neuen Bedingungen, gleichwohl ist der Zuzug dahin noch fernzuhalten, da eine Reihe von Arbeitgebern noch nicht bewilligt haben. Augenblicklich herrscht hier eine rege Bautätigkeit, und dürfte die Fernhaltung tüchtiger Arbeitskräfte von Greifswald das beste Mittel sein, auch diese Unternehmer zur Anerkennung unserer Forderungen zu bringen. Die Greifswalder Kollegen werden gewiß alles tun, ihren Sieg zu einem vollständigen zu machen.

**In Heidelberg** dauert der Kampf der Bürstenholzmacher bei der Firma G. Mahler nun schon fünf Wochen und ist ein Ende vorläufig noch nicht abzusehen. Zwar wurde in den letzten Tagen von Seiten unseres Gauvorstandes ein Einigungsversuch gemacht, derselbe scheiterte aber an der Probenhaftigkeit der Firma. Man sollte es eigentlich nicht für möglich halten, daß in einer Stadt wie Heidelberg, von der die Intelligenz, Wissenschaft und Bildung in alle Welt hinausgetragen wird, noch ein derartiges rückständiges Unternehmertum zu finden ist, so daß Arbeiter überhaupt um den zehnstündigen Tag nach in den Streik treten müssen. Und gerade bei den Arbeitern der Bürstenfabrik von G. Mahler wäre schon im Interesse ihrer Gesundheit eine Verkürzung der Arbeitszeit sehr am Platze. Man muß einmal die in diesem Betrieb herrschende Schufterei mitangesehen haben, um sich ein Bild machen zu können. Von morgens 6 bis abends 6 Uhr wird, oft nicht einmal unterbrochen von den regelmäßigen Vesperpausen, drauf los geschuftet, um dann schließlich am Samstag doch noch mit einem Verdienst von 16 bis 18 Mk. nach Hause zu gehen. Letzteres trifft hauptsächlich auf einige Kollegen der Bürstenmacherei zu. Was nun mit einem derartigen Verdienst in unserer teuren Residenzstadt Heidelberg anzufangen ist, kann sich jeder, der die Verhältnisse hier einigermaßen kennt, leicht denken. Um diesen traurigen Zuständen einmal ein Ende zu machen, haben die streikenden Kollegen den Kampf aufgenommen, und sie werden ihn mit aller Energie weiterführen, bis Herr Mahler die Forderungen bewilligt und sich zu Unterhandlungen herbeiläßt. Sollte Herr Mahler sich der Hoffnung hingeben, daß durch die Länge des Ausstandes einige der Streikenden zum Verräter an ihren Kollegen werden, so dürfte er sich gewaltig täuschen. Dieselben stehen fest wie ein Mann.

**In Johanneorgenstadt** wird der Streik in der Musikinstrumentenfabrik von A. Grunert, welcher bereits acht Wochen dauert, mit ungeschwächter Kraft weitergeführt. Die

Firma hat die vom hiesigen Bürgermeister wiederholt angebotene Vermittlung mit dem Bemerkten abgelehnt: „Es gebe nur bedingungslose Aufnahme der Arbeit.“ Daß die Kollegen dieses Ansinnen mit Entrüstung zurückwiesen, bedarf kaum der Erwähnung. Sieber würden sie den Ort verlassen, war die Antwort, als bedingungslos in die Fabrik zurückzukehren. Und dazu liegt auch noch gar keine Veranlassung vor, dies zu tun, denn nur drei Arbeitswillige konnte die Firma bisher trotz aller Anstrengungen beschaffen. Da nun die Kollegen des Erzgebirges, sowie der Orte Klingenthal, Marxneufkirchen und deren Umgegend auf die Arbeitsangebote des Herrn Grunert nicht hineinfallen, wendet er sich nach Böhmen. Hier sucht er in den bürgerlichen Blättern durch zweite Personen 15 bis 20 Tischler bei hohem Lohne und dauernder Stellung. Mögen unsere böhmischen Kollegen durch derartige Inserate sich nicht verlocken lassen, nach hier zu kommen. Bisher haben die organisierten Kollegen in Blatten in Böhmen hervorragend mit uns den Lohnkampf geführt, so daß aus Böhmen nicht ein Streibtrecher zu verzeichnen war. Kollegen, wahr! auch fernerhin die internationale Solidarität.

**Zu Kiel** sind am 5. Juni 650 Tischler und Maschinenarbeiter in den Streik eingetreten, um sich die neunstündige Arbeitszeit zu erringen. Die Verhandlungen mit den Arbeitgebern führten zu einem negativen Resultat, da wir auf das Angebot derselben, die neunstündige Arbeitszeit am 1. Januar 1907 (!) einzuführen, nicht eingehen konnten, abgesehen von weiteren Differenzpunkten, über die eine Einigung nicht erzielt wurde. Die Stimmung unter den Kollegen ist eine gute. Es sind allerdings circa 30 Streibtrecher vorhanden, wenn es uns aber gelingt, den Zugang fernzuhalten, kommen die paar Mann nicht in Betracht. Zu den neuen Bedingungen arbeiten 60 Kollegen. Abgereist sind bis jetzt 70, nach Pfingsten werden mehrere Hundert folgen. Ausführlichen Bericht später.

**Zu Lahr in Baden** führten die Schreinermeister dieses Frühjahr die zehnstündige Arbeitszeit ein. In der Stuhl- fabrik W. Ringwald, in welcher circa 70 Kollegen beschäftigt sind, bestand der zehnstündige schon längere Zeit, es wurden auch Prosente für Überstunden bezahlt. Ein zeitweilig guter Geschäftsgang verhalf den Arbeitern ihre Forderungen durchzubringen. Anstatt nun gleichfalls eine halbe Stunde Arbeitszeitverlängerung stattzugeben wie die übrigen Geschäfte, scheinen selbst die früheren Zugeständnisse der Firma Ringwald unbenutzt zu werden. Man findet auf einmal, daß diejenigen Arbeiter, welche für die Organisation eintraten, sich Pflichtverletzungen zuschulden kommen lassen. Unter diesem Vorwand wurde dem Vertrauensmann unseres Verbandes, einem verheirateten Kollegen, gekündigt. Sämtliche Kollegen erblickten hierin eine Maßregelung und forderten dessen Wiedereinstellung, doch ohne Erfolg. Hierauf kündigten einige Kollegen, da ein gemeinsames Vorgehen wegen ungenügender Organisation zurzeit nicht ratsam erschien. Einem dieser Kollegen gegenüber zeigte sich die Firma besonders nobel, sie zahlte ihm sofort vierzehn Tage aus, womit dieser natürlich einverstanden war und — anderen Tages bei einer Konkurrenzfirma in Arbeit trat. Der Schreck- schuß ging also fehl. Der Undankbare kam nicht einmal der dringenden Aufforderung nach, das Geld wieder zurückzubringen. Wozu auch? Übermut mag sich etwas kosten lassen. Auch die Firma Ringwald wird noch einmal mehr Rücksicht auf die Arbeiter nehmen müssen, sobald die Lahrer Kollegen insgesamt die notwendige Energie zeigen.

**Zu Leipzig** sind die Vertragsdifferenzen der Tischler und Maschinenarbeiter mit dem Unternehmertum noch nicht beigelegt. Der Arbeiterschutzbund beharrt bei seinen Beschlüssen, daß die Maßnahmen ihres Vorsitzenden Dr. Stoll nicht als Vertragsbruch zu gelten haben; bis heute haben es aber diese Herren vermieden, um beide Teile zu hören, eine Aussprache mit der Organisationsleitung der Arbeiter herbeizuführen. Die Forderung der Kollegen, Schaffung eines gemeinsamen Arbeitsnachweises, wurde in einem uns am 30. Mai zugegangenen Schreiben abgelehnt, bezüglich der Angelegenheit Dr. Stoll wurde uns in letztem Schreiben erklärt, daß der Arbeiterschutzbund geneigt sei, die Schlichtungskommission unter Vorsitz des Gewerbe- richters zu berufen. Unsere Organisationsleitung teilte zu letzterem am 2. Juni ihre Bereitwilligkeit dem Arbeiterschutzbund mit. In der Sache selbst ist jedoch bis heute, am 9. Juni, noch nichts weiteres geschehen. In der Tischler- zwangsunternehmung, welche zu unserem besonderen Schreiben bezüglich Schaffung eines gemeinsamen Arbeitsnachweises Stellung nahm, führten einige Herren recht kräftige Worte, fafelte man doch von einem Gewaltstreik der Gehilfen, das schlug ein und zwar am allermeisten bei denjenigen, welche am wenigsten mit Arbeitern zu tun haben. Man war schon bereit, durch Antrag zu erklären, daß die Innung sich nicht mehr an den Vertrag für gebunden hielt, jedoch unterließ man wohlweislich eine Abstimmung. Der Wirkung eines solchen Beschlusses auf die Gehilfenschaft war man sich jedenfalls bewußt. Geradezu natü sind diese Leute; den Gehilfen werfen sie Gewaltstreik vor, trotzdem die Innung ganz andere Streiche verübt. Herr Dr. Stoll fühlte sich beleidigt, eine Klage gegen unseren Bevollmächtigten ist eingeleitet, weil durch Klatsche und Inserate zu einer Versammlung die Tagesordnung „Der Vertragsbruch des Herrn Dr. Stoll“ eine öffentliche Beleidigung enthalten solle. Wir sehen der Erledigung dieser Klage mit Ruhe entgegen, nach Lage der Sache wird auch ein sächsisches Gericht nur diesen Vertragsbruch bestätigen können. Gleichzeitig hat Herr Dr. Stoll in hiesigen Blättern, sowie auch in der Fachzeitung eine Erklärung erlassen, worin er behauptet, nicht gesagt zu haben: „er habe nur die ihm günstige Zeit abgewartet, um den Vertrag zu durchbrechen.“ Er bestreitet entschieden, einen Vertragsbruch begangen zu haben. Wir stellen demgegenüber fest: In der Verhandlung am 15. Mai interpellierte der Gauvorsitzer Herr Stoll, warum er bei Vertragsbruch nicht energisch die Einziehung seines Betriebes abgelehnt habe. Darauf äußerte Stoll, „damals wäre ich doch gezwungen worden, den Vertrag anzuerkennen, und die Geschäftslage ließ meinerseits einen stärkeren Widerstand nicht zu.“ Auf einen weiteren Vermittlungsvorschlag beziehungsweise Beilegung der Differenzen seitens des Gau- vorsitzers erklärte Stoll: „Darauf könne er nicht eingehen, dann habe ihm ja die ganze Sache nicht genützt und es bliebe wieder beim alten, er brauche keine Unterstützung seiner Organisation, die Geschäftslage sei ihm günstig, so

daß er den Kampf allein durchführen könne.“ Beachte man diese Äußerungen und die provozierenden Handlungen des Stoll, 1. ältere leistungsfähige Arbeiter lediglich in Rücksicht auf ihre durch den Vertrag entstandene Lohnherabsetzung zu entlassen, 2. die Einstellung von Arbeitern unter den Minimal- Löhnen, 3. die wiederholte Ablehnung der Schlichtungskommission, welche die Differenzen untersuchen sollte, so bleibt für jeden objektiv denkenden Arbeiter und Arbeitgeber nur das Resümee: Dr. Stoll hat die feste Absicht gehabt, bei günstiger Gelegenheit sich außerhalb des Vertrags zu stellen. Die Leipziger Holzarbeiter sehen den kommenden Dingen mit Ruhe entgegen, auch die Musikinstrumentenarbeiter haben sich in einer besonderen Versammlung am 31. Mai mit der Forderung eines gemeinsamen Arbeitsnachweises einverstanden erklärt. Die Arbeitsnachweissperre wird wirksam durchgeführt. In auswärtigen Zeitungen werden vielfach Tischler und Maschinenarbeiter nach Leipzig gesucht, wir ersuchen die Verwaltungen, die Kollegen bei Erscheinen solcher Inserate über die in Leipzig bestehenden Differenzen aufzuklären. Pflicht eines jeden Kollegen ist es, nur den Arbeitsnachweis der Zahlstelle, Coburger Hof, Bindmühlstraße 9/11 zu benutzen. Alle Anfragen sind an das Bureau der Zahlstelle dazelbst zu richten. Zugang ist bis zur Erledigung der Differenzen fernzuhalten.

**Zu Regensburg** legten am 22. Mai sämtliche 19 Korbmacher der Ersten ostdeutschen Rindervagenfabrik J. Konekly die Arbeit nieder wegen Maßregelung zweier Kollegen und zwecks Verkürzung der Arbeitszeit von 64 1/2 auf 59 Stunden pro Woche, sowie Erhöhung des Lohnes um 10 Prozent usw. Herr Konekly hat sich bisher geweigert, auf die Forderung unserer Kollegen einzugehen, alle Verhandlungen mit ihm blieben resultatlos. Leider haben sich aus den Reihen der Streikenden auch vier Arbeitswillige gefunden, welche nach einwöchiger Dauer des Streiks die Arbeit zu den alten Bedingungen wieder aufgenommen haben. Es sind dies die Korbmacher Karl Heede, Karl Pavlichy und Bruno Jentsch vom Deutschen Holzarbeiter- verband und Paul Garbow vom Gewerksverein. Wenngleich diese vier auch nicht in der Lage sind, den Betrieb aufrecht zu erhalten, so wird doch der Streik unnötig verschleppt. Die noch ausstehenden Kollegen sind fest entschlossen, den Kampf bis zum äußersten durchzuführen. Zugang ist strengstens fernzuhalten.

**Zu Mannheim** ist der Streit bei der Firma Sachs & Co., Holztypenfabrik, beendet. Der Firma ist es gelungen, ihre Bänke mit Streibtrechern zu besetzen, hierdurch ist der Streik für uns aussichtslos und sind die Streikenden alle anderweitig untergebracht, und wir haben über das Geschäft die Sperre verhängt; da die Firma aber wohl nicht in der Lage sein wird, mit ihren Streibtrechern gute Arbeit zu liefern und in auswärtigen Zeitungen tüchtige Schreiner sucht, so ersuchen wir alle Kollegen, den Zugang nach ge- nannter Firma fernzuhalten.

**Zu Neuhäusen** im sächsischen Erzgebirge befinden sich die Kollegen in sieben Stuhlfabriken im Streik. Das säch- sische Erzgebirge war bisher das Land der Bedürfnislosigkeit. Nunmehr erwacht aber auch hier die Erkenntnis, daß der Arbeiter ebenfalls berechtigt ist, ein menschenwürdiges Dasein zu führen. Den Unternehmern sind dieses allerdings spanische Berge, und sie beschloßen, dieses Erwachen der erzgebirgischen Holzarbeiterchaft im Keime zu ersticken. Sie verlangen bedingungslose Arbeitsaufnahme. Die beteiligten Kollegen sind jedoch entschlossen, den vereinigten Fabrikanten zu zeigen, daß auch im Erzgebirge die Einigkeit der Arbeiter und der Holzarbeiterverband ein Faktor ist, mit dem die Unternehmer zu rechnen haben.

**Zu Baderborn** sind in letzter Zeit in der Stadler'schen Möbelfabrik die von den Arbeitern gewählten Kommissions- mitglieder gemaspregelt worden. Es fand deshalb eine Werk- stattsbesprechung statt, in welcher es bedauert wurde, daß den Gemaspregelten gegenüber nicht mehr Solidarität bewiesen worden war. Lebhafte Klage wurde auch über das in der Fabrik übliche Lohnsystem geäußert. Die Lohnpreise sind sehr niedrig angesetzt, dabei kommt es noch häufig vor, daß der Lohn unterbrochen, oder daß ein einzelnes Stück vor- weg fertig gemacht werden muß. Ofters muß auch auf Material gewartet werden. Durch solche Maßnahmen, die vielfach nur aus Schikane angeordnet werden, denn angeblich etliche Stücke bleiben nicht selten noch wochenlang nach der Fertigstellung in der Werkstatte stehen, wird der an sich schon niedrige Lohn noch weiter gedrückt. Um diesen Missetänden abzuhelfen, wurde beschloßen, gemeinsam einen Lohn- und Akkordtarif auszuarbeiten und von Herrn Stadler die An- erkennung eines Arbeiterausschusses zu verlangen.

**Zu Briesens** wurden in letzter Zeit auf Veranlassung des Arbeiterschutzbundes wiederholt Unterhandlungen angebahnt, die am 2. Juni zu folgenden Vereinbarungen führten: „Überstunden dürfen nicht gemacht werden, die Streikenden werden alle, ohne Ansehen der Person, sofort wieder eingestellt, die Arbeitsnachweise der Holzarbeiter und Bildhauer werden voll und ganz anerkannt.“ — Der Erfolg war ganz auf unserer Seite, umso mehr, da wir doch vor Beginn des Streiks gar keine Forderungen gestellt, sondern lediglich die so schädlichen Überstunden zurückgewiesen hatten. Wir glaubten, der ganze Streik sei nun zu Ende, aber die Firma D. F. Schulze dachte wieder anders. Am 3. Juni wurden wir von der Firma schriftlich benachrichtigt, daß, nachdem man sich die Sache recht reiflich überlegt habe, man zu dem Entschluß gekommen sei, von den Vereinbarungen zurückzutreten, um stets freie Hand zu behalten. Wir nahmen den Kampf sofort aufs neue auf mit dieser Firma, die ein- gezogenen Streikposten marschierten wieder vor. Die anderen Firmen waren taktvoller, somit konnten am 5. Juni alle Tischler sowie vier Maschinenarbeiter untergebracht werden. Die Weiser und Bildhauer müssen sich noch etwas gedulden, bis dementsprechend vorgearbeitet ist. Die vollständige Sperre über die Firma D. F. Schulze besteht weiter. Unter verschiedenen Schiffen sucht diese Firma 40 Tischler und 10 Bildhauer in den bürgerlichen Blättern, natürlich Anorganisierte, aber ohne jeden Erfolg.

**Zu Stuttgart** sind die Parkettbodenleger in den Ausstand getreten. Ihre Forderungen sind: Einführung einer geregelten Arbeitszeit und eines einheitlichen Lohn- tarifs, sowie Erhöhung der Stunden- und Akkordlöhne. Zu- zug von Parkettlegern ist fernzuhalten. Der Streit ist mittlerweile zugunsten der Kollegen beendet.

**In Weimar** hat die Aktiengesellschaft für Eisen- bahnen und Militärbedarf am 5. Juni ihr gesamtes Personal mit Ausnahme der durch längeren Vertrag Ge- bundenen ausgesperrt. Der Grund zur Aussperrung ist unbekannt, den weiß am Ende auch die Direktion der Fabrik selber nicht. Die ganze Maßnahme läßt sich nur psycho- logisch erklären. Die Fabrik gehört seit kurzem dem Ver- band der Industriellen für Weimar an, und da mögen die Herren von der Geschäftsleitung gedacht haben, jetzt sind wir organisiert, jetzt sind wir stark und wollen den Arbeitern mal zeigen, was eine Scharfe ist. Und so hat man denn blind darauf los ausgesperrt und seinen Zorn ausgeschüttet über Gerechte und Ungerechte; ganz ohne Wahl, ob die Be- troffenen und wie sie organisiert waren, alle wurden auf die Straße gesetzt. In Betracht kommen etwa 130 Arbeiter, zumeist Metallarbeiter. Doch auch 20 Holzarbeiter. Am 6. Juni wurden nun die Gauleiter der in Frage kommen- den Verbände bei der Fabrikleitung vorstellig, um die Ur- sache der Aussperrung zu erfragen. Aber nur einer, unser Kollege Pappé, wurde vorgelassen, und diesem teilte man mit, daß die Angelegenheit in den Händen des Aufsichtsrats liegt und somit die Direktion nicht zuständig sei; auf eine Anfrage beim Aufsichtsratsvorsitzenden ließ dieser erklären, daß auch dieser nicht zuständig sei, das sei der Verband der Industriellen. Schließlich wurde zugesagt, Mitteilung an unseren Bevollmächtigten gelangen zu lassen, wann und mit wem verhandelt werden solle. Tags darauf ging einer Anzahl Arbeiter ein Schreiben der Direktion zu, in welchem diese erklärt, daß sie nur mit ihren Arbeitern verhandeln wolle und als Mitglied des Verbandes industrieller Arbeit- geber in Weimar auch nur dürfe. Die Direktion ersucht den Empfänger, sich eine Vollmacht seiner Kollegen zu beschaffen und läßt ihn zur Verhandlung ein. Die Direktion der Aktien- gesellschaft will also nichts mehr und nichts weniger, als sich genehme Arbeiterunterhändler herausfinden. Erst wirft man die Leute aufs Straßensplaster und dann sucht man sich genehme Leute heraus, mit denen man über den Wieder- eintritt in den Betrieb verhandeln zu können glaubt. So viel Einsicht oder — Kühnheit dürfte sobald nicht wieder auf- stehen.

**In Wien** wurde die Aussperrung der Zimmerer- gehilfen nach einem fast vierwöchentlichen Kampfe am 7. Juni mit vollem Erfolge für die Ausgesperrten beendet. Bei den Verhandlungen zwischen Arbeitern und Unter- nehmern wurde ein auf zwei Jahre geltender Vertrag ver- einbart, der unter anderen nachstehende Bestimmungen ent- hält: Die Arbeitszeit dauert von der ersten Woche im März bis Ende Oktober von 6 Uhr früh bis 7 Uhr abends, in der übrigen Zeit wird die Dauer nach Maßgabe der Arbeitsverhältnisse gekürzt. Als Pausen werden gewährt: neben der einen Stunde mittags, den am Werkplatz be- schäftigten eine Viertelstunde, den am Bau Beschäftigten eine halbe Stunde vor- und nachmittags. An Samstagen schließt die Arbeit um 5 Uhr abends. Die Gehilfen erhalten einen Minimallohn von 4,75 Kronen, der ab 1. August dieses Jahres auf 5 Kronen steigt. Für Gehilfen im ersten Jahre nach dem Freiverden ist ein Minimallohn von 4,25 Kronen festgesetzt. Für eventuell notwendige Sonntags- oder Nacharbeit (als letzteres gilt die Zeit von 8 Uhr abends bis 5 Uhr früh) wird doppelter Lohn gezahlt. Der 1. Mai wird als Feiertag freigegeben. Streittigkeiten, die eventuell aus diesem Arbeitsvertrag entstehen sollten, werden durch ein Schiedsgericht geregelt, in das von seiten der Arbeiter und Unternehmer je drei Schiedsrichter entsendet werden. Der Vorsitzende dieses Schiedsgerichtes wird bis auf weiteres vom Bunde Österreichischer Industriellen ernannt. Durch Schließung dieses Vertrags mußten sich die Zimmerergehilfen verpflichten, sämtliche Streiks und Boykotts aufzuheben, was sie um so leichter tun konnten, da die Schließung dieses Arbeitsvertrags für sie einen ganz be- deutenden materiellen als auch moralischen Fortschritt be- deutet. In der Aussperrung waren rund 1400 Gehilfen beteiligt. An dem Erfolg jedoch, wenn es gelingt, vorstehende Bestimmungen auf das ganze Gewerbe in Wien auszudehnen, wird die doppelte Anzahl von Zimmerergehilfen teilnehmen. Auch die Wagner (Stellmacher) Wiens stehen vor einer größeren Lohnbewegung. Außer dem zehnstündigen Arbeits- tag mit je einer viertelstündigen Frühstück- und Vesper- pause wird ein Minimallohn von 21 Kronen und Beistellung sämtlicher Werkzeuge verlangt. Die Wagnergehilfen suchen schon seit Wochen diese gewiß mehr als bescheidenen Forder- ungen im Wege von partiellen Streiks zu erringen. Von keinen Erfolgen abgesehen, planen nun die Wagnermeister ebenfalls eine Aussperrung der Gehilfen vorzunehmen. Ab Samstag den 10. ds. Mts. soll damit begonnen werden und kommen hierbei circa 400 Arbeiter in Betracht.

Zuzug von Wagnergehilfen nach Wien ist unter den gegebenen Verhältnissen streng fernzuhalten. l. s.

**Aus den Berufen der Holzbranche.**

**Festestrende.**  
Am 23., 24. und 25. Juni tagt in Coblenz die Haupt- versammlung des „Verains deutscher Pianoforte- fabrikanten“, des „Verbandes deutscher Klavier- händler“ und der „Berufsgenossenschaft der Musikinstrumenten-Industrie“. In der „Musik- Instrumenten-Zeitung“ wird jetzt das Arbeitsprogramm dieser Tagungen bekanntgegeben, das wir zu Nutz und Frommen unserer Kollegen mitteilen. Am 23. Juni tagt der Verein deutscher Pianofortefabrikanten, und zwar ist um 9 Uhr vor- mittags Vorstandssitzung, um 10 1/2 Uhr Hauptversammlung und um 12 Uhr „Gemeinschaftliches einfaches Essen im Monopolhotel“. Am Nachmittag des gleichen Tages findet die Hauptversammlung des Verbandes deutscher Klavierhändler statt. Um 3 Uhr beginnt die Versammlung dieses Verbandes im Monopolhotel. Der 23. Juni wird be- schlossen durch einen „Allgemeinen Begrüßungsabend“ in dem kleinen Saale der städtischen Festhalle“. Am 24. Juni ist die Hauptversammlung der „Berufsgenossenschaft der Musikinstrumentenindustrie“. Der Tag beginnt um 9 Uhr morgens mit einer Vorstandssitzung im Zivill Kasino, 10 1/2 Uhr ist Hauptversammlung ebendasselbst. Um 12 1/2 Uhr mittags ist „Gemeinschaftliches Mittagessen, um 3 Uhr

nachmittags Wagenfahrt über Arenberg und Bad Gms durchs Bahntal zurück nach Coblenz. In Arenberg findet eine Beschäftigung der Anlagen statt. Am 25. Juni findet eine Festsahrt mit Diner auf dem Rhein nach dem Niederwald statt; auf der Rückfahrt Erdbbeerbowle mit kaltem Büfett, gestiftet von den Coblenzer Pianofortefabrikanten. Am Abend des gleichen Tages ist in Coblenz zu Ehren der Pianofortefabrikanten Konzert vor den Rheinhotels Riesen-Fürstehof, Bellevue und Unter, Beleuchtung und Feuerwerk auf dem Ober-Schreibreitstein. — Die photographische Aufnahme der Festversammlung findet am Sonnabend 24. Juni, mittags, im Zivillafino statt.

Ein ganz angenehmes Festprogramm. Man muß es den Pianofortefabrikanten wirklich lassen, daß sie es verstehen, sich angenehme Tage zu machen. Immerhin ist es unangebracht, zu sagen, die Pianofortefabrikanten seien nur zum Festfeiern zusammengekommen. Zwischen den diversen Festessen, Wagen- und Dampferfahrten, Erdbbeerbowlen und anderen schönen Dingen wird sich trotz der Kürze der für die eigentlichen Verhandlungen festgesetzten Zeit Gelegenheit genügend finden, Pläne zur Förderung der speziellen Unternehmerinteressen und besonders gegen die Musikinstrumentenarbeiterschaft zu schmieden. Aber das gehört ja auch notwendig zu einem Fabrikantenfest, soll es Freude und Genuß bringen.

Der paritätische Arbeitsnachweis in Berlin wird am 15. Juni eröffnet. Er befindet sich Gormannstraße 13. Die Vermittlung erfolgt täglich von 9 bis 1 Uhr. Die übrigen Arbeitsnachweise für Tischler, Maschinenarbeiter, Möbelpolierer, Drechsler, Modelltischler, Stellmacher, Musikinstrumentenarbeiter und Stellmacher werden geschlossen. Die anderen nicht genannten Branchen werden wie vorher im Nachweis Engelauer 15 vermittelt.

Die Korbflechterindustrie in Hesse, die vornehmlich in Hamm heimisch ist, beschäftigte die letzte Ausschüttung des Landgewerbevereins. Das „Offenbacher Abendblatt“ berichtet über die Verhandlungen, die der Vorsitzende mit dem Korbflechterverein führte, folgendes: Die Korbflechter klagen über den Rückgang der Weidenkultur am Rhein. Die Kulturweiden reichen nicht aus, weshalb der Bezug von auswärtig (Schlesien) nötig ist; es sollten im Überschwemmungsgebiet des Rheins neue Weidenpflanzungen angelegt werden. Zur billigeren Beschaffung auswärtiger Weiden sind Maßnahmen zu ergreifen, etwa durch gemeinsamen Bezug. Darüber hat Herr Genossenschaftsdirektor Paech bereits zweimal in Hamm gesprochen, doch schreckten die Korbflechter vor dem Gedanken der genossenschaftlichen Haftung zurück und wollten auch nichts wissen von gemeinsamer Produktion. Es sind in Hamm mindestens 200 Korbflechter ansässig, die sich jedoch nur mit der Anfertigung von Körben aus ungeschälten Weiden befassen. Da nach Hamm auch Nachfragen nach besseren Arbeiten einlaufen, aber nur ein Korbflechter solche anfertigen kann, so erscheint der Versuch Lohnenswert, für die jüngeren Arbeitskräfte eine Gelegenheit zur besseren fachlichen Ausbildung zu bieten. Diese könnte zunächst dadurch geboten werden, daß man befähigte junge Leute nach einer auswärtigen Korbflechterschule schickt, unter Gewährleistung einer Staatsunterstützung und mit der Verpflichtung, auf eine Anzahl von Jahren in Hamm oder der nächsten Umgebung als Korbflechter ansässig zu bleiben. Weiterhin wurde die große Schädigung besprochen, welche dem freien Handwerk durch die Arbeit in den Gefängnissen erwächst; in Buxbach seien etwa 100 Korbflechter, die bis zu 2000 Körben wöchentlich flechten. Die in Preußen eingeführte Beschränkung der Gefängnisarbeit sollte auch in Hesse eintreten. Schließlich wurde beschlossen, gesunde, befähigte junge Leute, mit guter Vorbildung in auswärtigen Schulen auszubilden zu lassen mit der Verpflichtung, nachdem sich eine bestimmte Reihe von Jahren in Hamm ansässig zu machen und in Hamm selbst nach Bedürfnis Fach-turse einzurichten.

Gewerkschaftliches.

Streikarbeit und Moral.

Über dieses Kapitel läßt sich Professor Philipp Lotmar in seinem umfangreichen Werke über den Arbeitsvertrag (Seite 117 und 118) wie folgt aus:

„Ein besonders bemerkenswerter Fall wider ein Moralgebot verstoßender Arbeit ist diejenige, durch die eine Koalitionspflicht übertreten wird. Für die Koalitionen der unter die Gewerbeordnung fallenden Arbeitgeber und Arbeitnehmer ist die Erfüllung der hier obwaltenden Moralpflichten um so dringender, als diese Koalitionen nicht rechtlich zusammengehalten werden. Das Gewicht dieser Moralpflichten ist über den juristischen Partei wie über den sozialen Klassengegensatz der Arbeitgeber und Arbeitnehmer erhaben. Denn zahlreiche Vorkommnisse lehren, daß die auf der Arbeitgeberseite herrschende Moral die Nichterfüllung der mit dem Beitritt zu einer Arbeitgeberkoalition übernommenen Pflichten ebenso sehr mißbilligt, als die Arbeitnehmermoral dem koalitierten Arbeiter verbietet, seiner Koalition zu schaden. Das formale Gebot der Erfüllung der Koalitionspflichten ist ein allgemein anerkanntes, nicht einer „partikularen Moral“ angehöriges. Es haben daher koalitierte Arbeitgeber gegeneinander und koalitierte Arbeitnehmer gegeneinander die moralische Pflicht, zur Erreichung des Koalitionszwecks — Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen — beizutragen, zum Beispiel durch Aussperrung beziehungsweise durch Streik, selbstverständlich unter der Bedingung, daß der zu Unterstützende nicht etwas Rechtswidriges, zum Beispiel den Bruch eines Tarifvertrags, verfolgt. Wie auf der Arbeitgeberseite diese moralisch gebotene Solidarität in der Nichtanstellung von Arbeitern, die durch Koalitions-genossen ausgesperrt worden sind, so kann sie auf der Arbeitnehmerseite in der Nichtleistung sogenannter Streikarbeit bestehen, das heißt in der Nichtausführung von Arbeiten, die infolge der Arbeitsniederlegung von Koalitions-genossen deren früherer Arbeitgeber nicht ausführen zu lassen vermag. Wird den stehengebliebenen Arbeitern eines anderen Betriebs diese Ausführung von ihren Arbeitgebern zugemutet, so wird damit eine Arbeit von ihnen verlangt, die sie ohne Verletzung einer allgemeinen Moralpflicht nicht leisten können. Die Koalitionsmoral verbietet Hand-

lungen, die den Koalitionsgegnern schädlich sind. Mag immerhin die nützliche Moral dem Arbeitgeber gebieten, den eigenen Genossen zu helfen, indem er die Streikarbeit ausführen läßt, so liegt doch die hierauf gerichtete Anordnung außerhalb der auch von ihm anzuerkennenden Moralschranken; er muß daher den Widerstand seiner Arbeitnehmer gelten lassen. Die Befolgung seiner Direktive kann gütlich verweigert werden, es wird damit nicht verweigert, einer nach dem Arbeitsvertrag obliegenden Pflicht nachzukommen (§ 123, 3, Gewerbeordnung). Diese Weigerung ist kein Entlassungsgrund.“

Was kümmert das die Scharfmacher! Sie bringen es sogar fertig, wie die soeben beendete Schneideraus-sperrung ja zur Genüge bewiesen hat, durch die äußersten Machtmittel die Arbeiter zu solch moralwidrigen Arbeiten förmlich zu zwingen. Auch hier ist es die Arbeiterorganisation, welche die Arbeiter vor einer moralischen Degradation behütet.

Die Aussperrung der Schneider ist, nachdem sie sich über alle größeren Städte ausgebreitet hatte, durch ein Abkommen zwischen dem Verbandsvorstand der Schneidergehilfen und dem Arbeitgeberverband zugunsten der Arbeiter beendet worden. Die Herren Scharfmacher haben in Erfahrung bringen müssen, daß allzu scharf scharf macht; sie haben den Revers zurückziehen müssen, der von den Arbeitern die „Anfertigung jeder ihnen übertragenen Arbeit“ — mithin auch die Anfertigung von Streikarbeit — verlangte, was von den organisierten Schneidern einmütig zurückgewiesen wurde. Über das Vorgehen der Scharfmacherclique herrschte im Jurungs-lager große Erregung, namentlich von Hamburger Arbeitgebern wurde der Mißstoß zu Verhandlungen gegeben, weil man nicht willens war, sich einigen Aus-sperrungsmaßnahmen zuliebe die diesjährige Sommer-saison verderben zu lassen.

Zur Porzellanarbeiterverband ist durch eine Urabstimmung der Verbandsmitglieder die obligatorische Einführung des Krankenzuschusses beschlossen worden. Bei der Abstimmung stimmten 4329 Mitglieder mit Ja und 3662 mit Nein.

Die Generalversammlung des Handels- und Transportarbeiterverbandes fand vom 9. bis 14. Mai in Frankfurt a. M. statt. Auf derselben spielten die Grenzfreitigkeiten mit anderen Organisationen eine erhebliche Rolle. In einem Referat über die Tarifverhandlungen mit den Konsum- und Produktivgenossenschaften wurde die Hoffnung ausgesprochen, daß der nächste Genossenschaftstag den berechtigten Forderungen der Handels- und Transportarbeiter Rechnung tragen werde, da diese sonst gezwungen wären, auch den Genossenschaften gegenüber die gewerkschaftlichen Mittel in Anwendung zu bringen. Von der beantragten Verschmelzung mit dem Gasenarbeiterverband wurde Abstand genommen, dagegen mit dieser Organisation, sowie mit den Verbänden der Seeleute, Eisenbahner und Maschinisten abgeschlossene Kartellvertrag gutgeheißen. Beschlossen wurde die Einführung von Staffelbeiträgen, die in den einzelnen Klassen 40, 35 und 30 Pf. wöchentlich betragen; weibliche Mitglieder zahlen 20 Pf. Entsprechend der Klasseneinteilung werden auch die Unterstützungen für Gemahregelte und Streikende, sowie bei Arbeitslosigkeit, Krankheit und Sterbefällen gestaffelt, außerdem richtet sich auch die Höhe dieser Unterstützungen nach der Dauer der Mitgliedschaft. Die besoldeten Angestellten des Verbandes wurden wiedergewählt und die Anstellung eines besoldeten Sekretärs beschlossen, dessen Wahl sofort vorgenommen wurde.

Der Senefelderbund und der Verband der Lithographen und Stein-drucker, die ihre Generalversammlungen gleichzeitig vom 20. bis 26. April in Berlin abhielten, haben ihre Verschmelzung beschlossen. Der Senefelderbund besteht bereits seit dem Jahre 1873 und war ursprünglich eine Gewerkschaftsorganisation. Um den Beschlüssen zu entsprechen, welche auf Grund des Sozialengesetzes über die Gewerkschaften verhängt wurden, änderte der Bund nach dem Inkrafttreten des Gesetzes im Jahre 1878 sein Statut dahin ab, daß er nur noch eine reine Unterstützungsvereinigung bliebe. Das Bedürfnis nach einer Organisation zur Wahrnehmung der gewerkschaftlichen Interessen der Lithographen

und Stein-drucker führte im Jahre 1891 zur Gründung des Verbandes. Schon in den ersten Lebensjahren dieser Organisation wurde eine Verschmelzung angestrebt, doch waren die darauf gerichteten Bemühungen zunächst erfolglos. Der Widerstand lag bei der Mehrzahl der Mitglieder des Senefelderbundes, der in seinen Klassen größere Summen an-gesammelt hatte, die für die Unterstützung von Kranken, Invaliden und Witwen bestimmt waren. Erst im Jahre 1904 wurde dieser Widerstand überwunden, indem die General-versammlung des Bundes sich mit großer Mehrheit für die Verschmelzung aussprach, und dieser Beschluß in einer Ur-abstimmung, wenn auch gegen eine erhebliche Minorität, bekräftigt wurde. Nachdem gegen Ende des vorigen Jahres die Vorstände beider Organisationen sich über die Formalitäten der Verschmelzung verständigt und ein gemeinsames Statut ausgearbeitet hatten, hatten die Generalversammlungen nur den Zweck, die Beschlüsse der Vorstandskonferenz zu sanktionieren. Das ist denn auch geschehen. Die Organi-sation der Lithographen und Stein-drucker führt nun den Namen Deutscher Senefelderbund. Derselbe besteht aus drei Klassen: 1. Gewerkschaftskasse mit Reise- und Arbeitslosen-unterstützung, 2. Krankenunterstützungs- und Sterbekasse, 3. Invaliden- und Witwenkasse. Diese Dreiteilung der Klassen, über welche je besonders Buch zu führen ist, wurde gewählt, um den Mitgliedern des Bundes eine Gewähr zu geben, daß ihre Gelder nicht zu Streikzwecken verwendet werden. Der Bund hatte bei der Verschmelzung 9320 Mit-glieder, der Verband 11383, wovon aber etwa 5000 gleich-zeitig dem Bunde angehörten. Das Vermögen des Bundes beträgt in der Unterstützungskasse 126635 Mk., in der In-validentkasse 264429 Mk. Das Vermögen des Verbandes be-trug am Jahres-schluß 222550 Mk. Auf der Generalversammlung des Senefelderbundes wurde mitgeteilt, daß 31 Mit-glieder gerichtliche Klage wegen der Verschmelzung angestrengt haben, doch steht zu erwarten, daß dieser Versuch, die schon lange nötig gewesene Verschmelzung zu verhindern, ergebnislos verläuft.

Literarisches.

„Neue Gesellschaft“, Sozialistische Wochenschrift, Heraus-ggeber: Dr. Heinrich Braun und Edu. Braun (Verlag: Berlin W 35. Preis für das Einzelheft 10 Pf., pro Vierteljahr 1,20 Mk.) Heft 10.

Dieses Heft bringt einen lesenswerten Artikel Heinrich Brauns: „Das Ergebnis des Gewerkschaftskongresses.“ Auch sonst bietet das Heft eine Fülle des Belehrenden und Unterhaltenden. — Wir möchten diese billige und gute Zei-tschrift unseren Mitgliedern dringend empfehlen.

„Die Neue Zeit“. Wochenschrift der deutschen Sozial-demokratie. 23. Jahrgang, Heft 36. Stuttgart, Verlag von Paul Singer.

In diesem Heft veröffentlicht Karl Kautsky einen Ar-tikel über den „Kongress von Glin“, in dem namentlich die Generalfreidebatte sehr eingehend gewürdigt wird. Von den Kritikern der Nr. 36 nennen wir weiter Otto Stolten: „Der geplante Wahlrechtsumsturz in Hamburg.“ Franz Mehring: „Parlamentarismus und Proletariat“ und andere. — Das Abonnement der „Neuen Zeit“ können wir unseren Kollegen auf das angelegentlichste empfehlen. Preis pro Heft 25 Pf.

Dr. H. Silberstein. Das Schulkind. 6. Heft der „Arbeiter-Gesundheitsbibliothek“. Preis 20 Pfennig. Berlin, Buch-handlung Vorwärts.

Der Schularzt, seine Notwendigkeit und seine Aufgaben, die Gesundheitspflege in der Schule und im Hause, die Pflege der Sinnesorgane, Sprachgebrechen, Wirbelsäulenverkrüm-mungen und deren Verhütung kommen in diesem Heft zur Erörterung, eingehend werden die ansteckenden Kinderkrank-heiten und im Anschluß daran die Frage der Absonderung und Wiederzulassung erkrankter Schulkinder und der Des-infektion, sowie die Pockenimpfung behandelt und zum Schluß der Hygiene des Geistes gedacht. Auch dieses Heft zeichnet sich durch leicht flüssige und flotte Darstellung und Hinweise auf die besonderen Verhältnisse in der arbeitenden Be-völkerung aus und wird überall da, wo es aufmerksam ge-lesen und seine Lehren befolgt werden, Aufklärung und Nutzen bringen.

Arbeitslosigkeit im Monat Mai 1905.

Table with columns for Gau, Arbeitslose Mitglieder am Orte, Unterstützung haben erhalten, and various statistics for different regions and months.

**Versammlungs-Anzeiger.**

Frankfurt a. M. Bürkenmacher, Sonntag den 25. Juni, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Kolleg 4.  
Freiburg i. Schl. Sonnabend den 24. Juni Versammlung g. Tagesordnung: Die Lage der hiesigen Holzarbeiter auf Grund der vorgenommenen Statistik. Referent Kollege Dietrich-Breslau.

**Anzeigen.**

**Blomberg.** Unser Verkehrslokal befindet sich im Gasthof zur Neustadt, Neustadtstraße. Die Unterfertigung und Arbeitsnachweis bei Kollege Aug. Wille, Bruchstraße. Umgehauen ist strengstens untersagt.  
**Dortmund.** Verkehrslokal, Gerberzeile und Arbeitsnachweis befinden sich bei Herr Stelmann, I Kampstraße 73. Daselbst wird von 8-9 Uhr abends Hilfeunterstützung ausbezahlt.  
**Eineburg.** Der Arbeitsnachweis der Holzarbeiter befindet sich in der Zentralthalle, Säktor 1. Daselbst wird Arbeit unentgeltlich nachgewiesen und die Hilfeunterstützung von 7-8 Uhr abends ausbezahlt. Umgehauen ist streng verboten.  
**Mainz.** Verkehrslokal Brauhaus zum Gutenberg, Franziskanergasse, Hilfeunterstützung zahlt Jakob Schiele, Klosterstraße, Brand 17.  
**Münster (Westfalen).** Der Arbeitsnachweis befindet sich in der Zentralthalle, Ritterstraße 18. Derselbe ist geöffnet abends von 7-8 Uhr. Umgehauen ist streng verboten.  
**München.** Bevollmächtigter Herrmann Plening, Bureau Klugestraße 88, Ecke der Auenstraße.  
**Wiesbaden.** Der Arbeitsnachweis für Tischler, Maschinenarbeiter, Drechsler und Wagner befindet sich bei Kollege Bischof, Hermannstraße 26, Hs. I r. Umgehauen ist strengstens verboten. Die Hilfeunterstützung wird bei Singer, Gemeindebadgäßchen 6, ausbezahlt. An Wochentagen abends 7-8 Uhr, an Sonntagen mittags von 12-1 Uhr.

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.**  
Zahlstelle Berlin.

Am 14. Juni ist in der Gormannstr. 13, vorn, eine Treppe, der **Paritätische Arbeitsnachweis der Berliner Holzindustrie** eröffnet worden.

Die Arbeitsvermittlung erfolgt von 9 bis 1 Uhr für die Branchen der Tischler, Maschinenarbeiter, Wägelpolierer, Einseher, Modelltischler, Drechsler, Stellmacher und Klavierarbeiter. Die Arbeitsvermittlung ist unentgeltlich. Die bisher bestandenen Nachweise dieser Branchen sind geschlossen.  
Alle sonst dem Verband angeschlossenen, oben nicht genannten Branchen werden Engellufer 15 vermittelt.

**Die Ortsverwaltung.**

**Achtung Zahlstellenkassierer!**

Bitte mir umgehend Nachricht zukommen zu lassen, wenn sich der Kollege **Richard Wesemann**, geb. 23. 9. 79 zu Dessau, Buch-Nr. 235873, anmeldet.  
**Karl Siemer**, Kassierer, Dortmund Münsterstraße 102.

**Zahlstelle Lauf.** Der Kollege **Leonhard Mühlner**, Drechsler, geb. zu Nürnberg, zuletzt in Lauf, wird um seine Adresse ersucht. **Heinrich Wölkel**, Holzgärtnerstr. 539.

**Der Tischler Aug. Kurz** aus Schwabach, Buch-Nr. 112508, wird ersucht, (als Zeuge) seine Adresse an die **Zahlstelle Fagen**, Adresse **Kour. Ludwig**, Böhrmerstraße 35, einzufenden. Die Zahlstellenkassierer werden ersucht, den Kollegen Kurz hierauf aufmerksam zu machen.

**Ladv. Schlötzer**, Buch-Nr. 120550, geb. 19. Juni 1881, wo heißt die Tante Mutter und Bruder wollen Nachricht.

**Tüchtige Holzbildhauer** finden bei gutem Lohn dauernde Beschäftigung in einer Möbelfabrik am Rhein. Offerten unter Nr. 33 an die Expedition des Blattes.

Suche sofort einen tüchtigen **Tischler** gesellen bei sehr hohem Lohn.  
**Ango Jahn**, Bau- u. Möbeltischlerei m. Kraftbetr. Oberloquitz bei Marktgröblich, Thüringen.

Ein jüngerer **Tischler** findet angenehme Stellung in romantischer Gebirgsgegend.  
**Herrn. Sauthoff**, Bau- u. Möbeltischlerei Dielmüssen (Braunschweig).

Mehrere tüchtige **Polierer** für dauernde Beschäftigung gesucht.  
**H. Fr. Krumwiede**, Celle i. Hannov. Stuhlfabrik und Dampfzägewerk.

Einige gute **Polierer** finden sofort dauernde und lohnende Beschäftigung bei  
**Brede & Schwarz**, Stuhlfabrik Blomberg i. Lippe.

Ein tüchtiger **Polierer**, auch im Beizen erfahren, erhält gute und lohnende Beschäftigung als Meister.  
**H. Milan**, Neudorf (Sachsen) Möbelfabrik.

**Tüchtige Möbelpolierer** finden bei gutem Lohn dauernde Beschäftigung in einer Möbelfabrik am Rhein. Offerten unter Nr. 37 an die Expedition des Blattes.

**Tüchtige erfahrene Stuhlmacher**, welche in feinen Stuhmbeln flott nach Zeichnung arbeiten können, per sofort gesucht.  
**Möbelfabrik Heiner Faltenberg** Köln a. Rh., Mittel Ufer 41.

Intelligenter, ordentlicher **Maschinenarbeiter** und **Holzdrechsler** sucht sofort dauernde Stellung. Süddeutschland bevorzugt. Gefällige Adressen erbeten unter  
**Raimund Seidler**, Hedertorstr. 41 Neutitschein (Mähren).

Gesucht tüchtiger **Drechsler**, speziell für Turngeräte, von  
**J. H. Hintze**, Reinfeld (Holstein).

Ein geschickter jüngerer **Drechslergeselle** findet dauernde und gutbezahlte Stellung in Lohn oder Akkord bei  
**Emil Kistner**, Holzdreherei m. Maschinenbetr. Bühl (Stadt), Baden.

Ein mit allen Holzbearbeitungsmaschinen vollkommen vertrauter **Maschinenarbeiter** sucht sofort dauernde Stellung.  
**Zahlstelle Auklam: S. Kriedemann.**

**Korbmacher**  
auf Gestell- und geschlagene Arbeit für sofort gesucht.

**J. Windler**, Zürich I Münsterergasse 20.

Tüchtige **Korbmacher** auf Gestellarbeit können sofort antreten. Reise nach 4 Wochen vergütet.  
**Paul Nave & Co.** Breslau, Lauenzienstraße 111.

Gesucht **Korbmacher** auf Feddigrohrmöbel bei gutem Verdienst.  
**C. Kunze**, Hamburg, Frindelallee 46.

3-4 jüngere tüchtige **Korbmacher** zum sofortigen Eintritt gesucht. Akkord auf Reiseförbe. Dauernb. Korbflechterei **Schaaf** Wintersdorf, Baden.

Zwei bis drei tüchtige **Korbmacher** auf Gestellarbeit bei Akkordlohn sofort gesucht.  
**Emil Merkle**, Freiburg i. S.

Drei tüchtige **Korbmachergehilfen** finden auf Reiseförbe sofort bei hohem Akkordlohn dauernde Beschäftigung.  
**Wilhelm Liebe**, Wunstorf b. Hann.

2-3 junge **Korbmachergehilfen** sucht sofort. Reisegelb wird vergütet.  
**Aug. Tammer**, Sebnitz, Sächs. Schweiz.

**Korbmacher**  
werden auf Bambus- und Rohr-  
möbel gesucht. Dauernde Arbeit.  
Gute Löhne. Offerten an  
**H. Lösch**  
Oberwartha b. Dresden.

Zwei tüchtige **Korfschneider**, die im Zu- und Rundschneiden von Weinstöcken bewandert sind, sofort gesucht.  
**Trierische Korfindustrie**  
**Fr. Weber & Cie., Trier.**

Gesucht ein **Korfschneider** für Handarbeit und Hobelmaschine. Zentralarbeitsnachweis der Korfarbeiter Deutschlands. H. Marschall, Hamburg, Schullerblatt 24, S. 8.

Zwei **Korfschneider** sucht sofort  
**Ernst Bräuer**, Buch-Nr. 13.  
Für einen der gesucht für Maschinen und Handbetrieb. Dielethaler Dorfstraße  
**Münster & Fischer**, Bielefeld.

Zwei tüchtige **Hölzerhauer** gesucht.  
Lohn 8 Pfennig pro Paar.  
**C. Aeffner**, Pantinenmacher  
Beerssen bei Hagen.

Ein tücht. **Bürstenmacher** sof. in dauernde Stellung ges. von **Rob. Scholz**  
**Bunzlau** (Schl.), Gv. Kirchplatz 10.

Suche zwei tüchtige **Becher** für dauernde Beschäftigung.  
**H. Schade**  
**Lippstadt** (Westf.), Stiftfreiheit 1.

Gesucht ein auf **Schildpatt** mit Reparatur und Böten durchaus tüchtiger  
**Kammacher.**  
Eintritt sofort.  
**Seilaz & Cie., Zürich III**  
Schützenalasse 19.

**Achtung Pantoffelmacher!**

Wer nimmt monatlich 800 bis 1000 Paar erlene Pantinenhölzer ab, oder wer kann mir einen solchen Abnehmer nachweisen? Gesf. Offerten erbittet **Albert Mitschrick**, Grünberg (Schlesien), Ackerstraße 2.

**Neues Pflaumenmus**

frisch, dick eingekocht, unübert. im Geschmack  
**Emaille-Cimer** 28 Pfd. Mk. 4,50  
**Post-Cimer** 10 Pfd. = 2,-  
**Bäcker** von 88, 55, 70-140 Pfd. à Pfd. 0,14.

**Tafelhonig**

präp., kräftigend. u. gesund. Nahrungsmittel  
**Post-Emaille-Cimer** 10 Pfd. Mk. 8,80  
Salz-, Senf- u. Pfeffergurken, Preiselbeeren u. Preisel. Gefäße frei, ab hier geg. Nachnahme.  
**Heinr. Eckstein** Magdeburg 21.

**Vorsicht!**  
Lassen Sie sich nicht täuschen durch nachgemachte  
**Granat-Politur**

Granat-Politur ist meine Erfindung, seit 10 Jahren anerkannt lt. zahlreichen Gutachten. Alle anderen gleichnamigen Fabrikate sind wertlose Nachahmungen, deren Nachteile sich später bemerkbar machen.  
Eine einzige Firma bezog **nachweislich** seit Oktober 1904, also in fünf Monaten, für ca. 5000 Mark Granat-Politur von  
**Lack- und Politurwerk C. Bratsch**  
**Reinickendorf-Berlin.**

**Korbmacher-Werkzeug** unter Garantie. Riste gratis. **L. Fogelberg**, Heinsberg, Rhein.

**Tischler-Fachschule Detmold**  
Werkführer- und Technikerkurse  
Gesellige Meister-Prüfung  
Programme frei durch die Direktion

**Tischler-Fachschule**  
**Neustadt i. Meckl.**  
Zeichner \* Werkführer \* Meister

**Paul Horn, Hamburg**  
Pappel-Allee 26-36 \* Eilbeck \* Pappel-Allee 26-36  
Fabrik chemischer Produkte.

**Paul Horn's** Mattpräparate (als: Mattine, Salon-Matt, Matilacke) sind absolut wasser-echt, tragen sich leicht auf und sind sofort trocken.  
**Paul Horn's** Monopol-Polituren (Schellack-Polituren ohne Olanwendung) haben sich in den größten Fabriken dauernd Eingang verschafft.  
**Paul Horn's** wasserichte Beizen in allen Holzfarben, auch almahagoni und englischgrün, rauhen das Holz nicht auf, prachtvolle Farbentöne, sofort trocken.  
**Paul Horn's** Politur-Glanz-Lacke, farblos und färbend, sind als das Vorzüglichste weltbekannt, hochfeiner, zarter Glanz, Geschmeidigkeit beim Auftragen, polierfähig, dauerhaft, schnell trocknend.  
**Paul Horn's** Schellack-Porenfüller, einzig brauchbares Fabrikat zum Füllen der Holzporen mit Schellackmasse.  
**Paul Horn's** Schellack-Politur-Extrakte sind mit peinlichster Sorgfalt gereinigte, dickflüssige Polituren, die jeder Fachmann verwenden sollte.  
**Paul Horn's** Patent-Politur zum Reinpollieren, erzeugt durch einen einzigen Ballen glasharten, blitzblanken Glanz, entfernt alle Ölwolken und verhindert unter Garantie das Olauschlagen.  
**Paul Horn's** Copal-, Bernstein-, Damar- und Asphaltlacke werden nur in gut abgelagerter und gepulverter Ware zum Versand gebracht.  
**Paul Horn's** Filtrsteinpapiere sind überall gelobt, da zähle und scharf.  
**Paul Horn's** diverse Sorten Leim sind preiswert und von ff. Qualität.  
**Paul Horn** liefert Ia. rektifizierten 96% Spiritus unter zollamtlicher Kontrolle.  
**Paul Horn** ist „preisgekrönt“ Hamburger Gewerbe- und Industrie-Ausstellung 1889.  
**Paul Horn** erhielt das 25. Preisdiplom auf der Tischlerei-Ausstellung Hamburg 1889.  
**Paul Horn** besitzt das 100. Ehrendiplom der Drechslerei-Fachausstellung Leipzig 1890.  
**Paul Horn** sind viele Hunderte lobende Anerkennungen aus allen Fachkreisen, div. Fachschulen u. Gewerbmuseen über die Vorzüglichkeit seiner Fabrikate zugegangen.  
**Paul Horn** versendet Preisbücher gratis und franko.  
**1895 „Goldene Medaille“, Lübeck.**

**Wir dringen**  
eine entzückend schöne und grosse Auswahl in Herren-Anzug- und Paletotstoffen, Damenkleider- und Blusenstoffen jeder Art. Die Preise sind bekannt niedrig, die Qualitäten vorzüglich, was tausende von Anerkennungs-schreiben beweisen.  
**Verlangen Sie kostenlose Zusendung**  
unsere Muster und Kataloge!  
Direkter Bezug! Kein Kaufzwang!  
Wir liefern bei Beträgen von 15 Mark an franco ins Haus:  

3 m Herren-Anzugstoff	für 6,4 80
3 „ Fantasie-Anzugstoff	„ 9 „ -
3 „ Ia. Kammg.-Cheviot	„ 12 „ 75

  

6 m glattes Damen-tuch	für 3,4 00
6 „ Noppé-Kostümstoff	„ 5 „ 85
6 „ reinwoll. Kammgarn	„ 6 „ 80

  
Garantie: Umlaush oder Geld zurück.  
**Informationsbüro Osnabrück 271**  
Willyffimmer & Co.

Dem größeren Teile der heutigen Auflage liegt ein Prospekt der weltbekanntesten Firma **Paul Horn, Hamburg, Fabrik chemischer Produkte**, bei, worauf wir unsere Leser besonders aufmerksam machen.